Nr. 30. Jahrgang V. Berlin, 24. Juli 1896.

Allgemeine Israelitische Wochenschrift

Nebst einer wissenschaftlichen Beilage „Jeschurun“.

Redakteur: H. Levin.
Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57.
Telephon:
Redaktion VII, 4236. * Expedition VI, 796.

Treu und frei!

Bezugspreis vierteljährlich:
Deutschland u. Oesterreich-Ungarn Mk. 2,00,
alle andern Länder Mk. 2,50.
Post-Zeitungsliste Nr. 108.

Die „Wochenschrift“ erscheint an jedem Freitag mindestens 20 Seiten (2½ Bogen), der „Jeschurun“ Mitte und Ende jeden Monats mindestens 4 Seiten (½ Bogen) stark. Zu beziehen durch die Post (Zeitungsliste pro 1896 Nr. 108) oder unsere Expedition.

Anzeigen werden mit **25 Pfg.** für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen oder größeren Aufträgen tritt eine Preisermäßigung ein. Alle Annoncen-Expeditionen sowie unsere Expedition nehmen Anzeigen für dieses Blatt entgegen.

Inhalt:

Die Oase in der Wüste.

(Zu „Sabbat Nachamu“.)

„Eine Stimme ruft: Bahnet in der Wüste einen Weg dem Ewigen, ebnet in der Steppe einen Pfad unserm Gotte!“

Es liegt in diesen Worten unseres Propheten, welcher die Sabbate vom 9. Ab bis zum Neujahrsfeste beherrscht, etwas Tröstliches, das mit unbezwinglicher Macht sich in das Herz hineinschleicht, und wer ein Gefühl für seine Religion sich bewahrt hat, kann diesen edlen, durch seine Einfachheit überzeugend wirkenden, durch seine Erhabenheit hinreißenden Ruf nicht ohne tiefe Bewegung verhallen lassen. Wir können es allerdings unseren Vätern nicht ganz nachfühlen, welch heilige Empfindungen ihr Herz durchzogen, wenn es, wie Klänge aus Himmelssphären, an ihr Ohr schlug, daß ebenso wie die Strafe an ihnen vollzogen war, welche das Leben ihnen zu einer Wüstenei mit allen ihren Plagen und ihren Qualen gestaltete, die Verheißung sich auch erfüllen werde, daß eine geebnete, schattige Straße durch diese Ebene sich hinziehen werde. Trotz aller Erinnerungen, welche wir in uns wachrufen, trotz der lebhaftesten Schilderung der Demütigungen und Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren, können wir nicht mehr ganz das Weh nachfühlen, welches ihnen anhaftete; es ist eben ein natürlicher Vorgang, daß der Schmerz durch die Zeit abgetönt wird, selbst wenn man ihn am eigenen Leibe erfuhr, um wie viel mehr, wenn er nur durch Erzählungen wachgerufen und durch Erinnerungen geheiligt wird. Viel leichter und besser lassen sich aber frohe Hoffnungen übertragen, und wir sind schönen Erwartungen auch dann zugänglich, wenn der augenblickliche Zustand noch zu den erträglichen zu rechnen ist.

Wahrlich wenn das Verständnis für das Beseligende in unserer Religion, wenn das Bewußtsein für unsere Zusammengehörigkeit in uns noch immer so lebendig wäre, wie bei unseren Vätern, wir brauchten keinen Augenblick zu verzagen; wenn unsere Feinde uns die Erde in eine Wüstenei zu verwandeln bestrebt sind, wir brauchten nicht zu murren; wenn von jener Seite unsere Solidarität nur im schlechten Sinne betont wird, wir brauchten die Hoffnung nicht aufzugeben, daß auch in dieser Wüste eine Straße der Freiheit, des menschenwürdigen Daseins, der Gleichberechtigung sich uns aufthun werde.

Ein Rückblick auf unsere Vergangenheit wird uns belehren, daß es nichts Neues unter der Sonne giebt und daß nur derjenige verloren ist, der sich selbst aufgiebt. Unsere Weisen haben es bereits ausgesprochen, daß u.a. Jerusalem zerstört wurde, weil die Israeliten gegeneinander keine Billigkeit übten und weil der Unterricht der Jugend aufgehört hat, ein zweckmäßiger und zielbewußter zu sein. Leider befinden wir uns in derselben Lage, haben aber trotzdem keinen Grund zum Verzweifeln. Als der Druck von außen etwas nachließ, bedurfte der lebhafte Geist des Judentums eines Gegenstandes zur Bethätigung, zur Schärfung, und man versuchte, an dem rohen Stein, als welcher der religiöse Edelstein auf uns überkommen ist, zu arbeiten und ihn zu glätten. Der Oppositionsgeist erregte eine Gegenarbeit, und ehe man es sich versah, war der innere Kampf vorhanden, der verhängnisvolle Kampf, den niemand gewollt hat. Die dadurch hervorgerufene Erbitterung ließ die Parteien hüben und drüben zu weit gehen, und unsere gemeinsamen Gegner hatten ein scharfes Auge für unsere Blößen; sie erkannten nicht allein die verwundbare Stelle, sie wählten auch den richtigen Moment ihre vergifteten Pfeile dagegen zu schleudern. Aber auch sie entgingen nicht dem Prozeß der Zersetzung, der schneller kam als sie dachten, schon beginnt die Auflösung, sie glauben an sich selber nicht mehr und noch weniger Einer an den Andern. Sie hatten auf Sand gebaut und das Haus wird

wacklig, ein Turm nach dem andern stürzt. Jetzt ist es Zeit, jetzt muß die Straße der Freiheit sich uns eröffnen, wenn wir den häuslichen Zwist fahren lassen und gemeinsam die Steine herbeitragen, um diesen Pfad fest zu fügen und zu ebnen.

Das Judentum hat eine Gährung durchgemacht, es hat eine trübe Färbung angenommen, aber es ist das Kolorit, das auch der edle Wein während der Zeit seiner Klärung annimmt. Das Judentum besitzt ein Fundament aus unverwüstlichem Granit, einen reichen Fond von sittlichem Kitt, daß es ohne Schaden an seinem innern Körper einen solchen Prozeß siegreich überwinden kann. Seien wir gerecht gegen einander und wir werden innig und verträglich mit einander sein. Jeder Stern hat für sich seinen milden Schimmer und gönnt denselben neidlos auch seinen Genossen — vereinigt aber bilden sie erst den Sternenhimmel. Und hat das aufgeregte Meer auch verderbliche Wellen herangepeitscht, der warme heilkräftige Dünensand hat das Brausen nur wohlthätig empfunden, denn die einzelnen Körnlein haben sich desto inniger aneinander geschlossen. Und wird der Staub der Erde noch so sehr mit Füßen getreten, bei der ersten Gelegenheit erhebt er sich wieder und wirbelt gen Himmel empor. Das sind die drei Sinnbilder, hinter denen die Verheißung für unsere Zukunft sich verbirgt, das dürfen wir nicht vergessen.

Schließen wir wenigstens einen ehrlichen Waffenstillstand im Interesse unserer Jugend, wollen wir in ihre Herzen den Keim des Friedens legen; denn was soll wohl aus dem teuern Glauben werden, wenn die späteren Träger desselben durch den Zwiespalt, der vor ihren Augen sich abspielt, und der in ihre Herzen gesenkt wird, verwirrt werden?

Lasset uns nicht betonen, was uns trennt! Die Brücke wird sich von selbst finden, wenn wir eifriger das hervorheben, was uns verbindet, was uns gemeinsam und heilig ist und unseren Kindern wird es zum Segen gereichen, unsere Zukunft wird gerettet sein.

Ueber unsere Kinder hinweg wollen wir uns die Hände reichen, denn so wie wir einen Gott haben, beseligt uns trotz der Verschiedenheit der Auffassung nur ein Glaube. Vereinen wir unsere Kräfte, um die leider nicht wegzuleugnende Dekadenz im Judentum zu beseitigen, den Niedergang mit allen Kräften aufzuhalten, seinen Untergang für alle Zeiten unmöglich zu machen. Wir können es, wenn wir wollen, und wir wollen es ja, nur muß es von beiden Seiten eingestanden werden; belehren wir uns, aber bekämpfen wir uns nicht; nicht ein Kriegsruf, sondern die Friedensschalmei soll den Messias herbeirufen.

Auf, ihr Baumeister des Judentums, die Wüste ist da, aber auch das Baumaterial — in euren Händen, in eurem Geiste liegt es; wie bei der Schöpfung muß auf den dunklen Abend der helle Tag folgen. Auf, bauet die Straße, auf der wir und unsere Kinder in die Zukunft hineinschreiten können, vergesset aber nicht, daß die Füße unserer Jugend etwas zart und verwöhnt sind, nicht widerstandskräftig genug, auf allzu dorniger Straße zu wandeln, ohne sich zu verbluten. Drum ebnet den Pfad, damit er nicht zu schwer sei — der Weg, der hinaufführt zu unserm Gotte!

Dr. Singer, Coblenz.

König Midas.

Vor vier Monaten etwa ging durch die Kreise, die der Verwaltung der Berliner jüdischen Gemeinde nahestehen, ein Wispern und Raunen, daß eine große That geplant werde und schon der Vollendung nahe sei. Pflichtmäßige Verschwiegenheit verhinderte, daß mehr als allgemeine Andeutungen in die Oeffentlichkeit drangen; nur soviel wurde verlautbart, daß die Angelegenheit der jüdischen Lehrerinnen und Lehramtsanwärterinnen an den städtischen Schulen Berlins durch eine kräftige Eingabe wirksame Unterstützung finden solle. In der Erwartung eines baldigen Bescheides, der, wie man annahm, nicht anders als zusagend lauten konnte, wahrte man die — übrigens ganz unverständliche — Diskretion, um mit der Eingabe zugleich deren Erfolg kundzuthun. Doch Woche um Woche verging in vergeblichem Harren; das Wispern und Raunen hatte Erwartungen erregt, die nicht so lange unbefriedigt bleiben durften, besonders weil hier und da schon die aufschießenden Halme das gleichgiltige Geheimnis verrieten. Die Eingeweihten verloren die Geduld und verabredeten, daß kund werden solle, was sie in der Verschwiegenheit beschlossen und gethan.

Und nun ist es am Tage, das große Werk der Berliner Gemeindevertretung, König Midas braucht die hohe Mütze nicht mehr, die „gehorsamste Vorstellung“ an den Kultusminister in Sachen der jüdischen Lehrerinnen ist im Wortlaut veröffentlicht worden. Vorstand und Repräsentanten haben — wahrscheinlich in Rücksicht darauf, daß unsere Leser in dieser Beziehung etwas verwöhnt sind — ihren Subalternkanzlistenstil nur den Organen der äußersten Rechten und der äußersten Linken zur Verfügung gestellt. Das ist aber eine übertriebene Bescheidenheit. Man erwartet nichts Besseres von ihnen, und deshalb können wir die „gehorsamste Vorstellung“ auch an dieser Stelle wiedergeben, ohne daß wir besorgen müßten, dadurch einen Ruf zu schädigen.

„Euer Exzellenz haben durch den an den mitunterzeichneten Vorstand gerichteten hohen Erlaß vom 27. Dezember 1895 — U. III D. No. 4458 — einen erheblichen Teil derjenigen Besorgnisse gehoben, welchen die Mitglieder der von uns vertretenen Gemeinde wegen der in der Verfügung des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums hierselbst vom 15. Mai 1895 angeordneten Einschränkung der Anstellung jüdischer Lehrkräfte sich hingegeben haben. Wir würden nicht gezögert haben, Euer Exzellenz hierfür unsern ehrerbietigsten Dank auszusprechen, wenn nicht durch den gleichzeitig an das Königliche Provinzial-Schul-Kollegium gerichteten, von dieser Behörde dem Magistrat zu Berlin mitgeteilten und demnächst veröffentlichten Erlaß jene Besorgnisse neue Nahrung erhalten und zu der Befürchtung sich gesteigert hätten, es könnten die Weisungen Euer Exzellenz von den nachgeordneten Behörden dergestalt gehandhabt werden, daß daraus eine mit den Bestimmungen der Art. 4, 12, 24 der Verfassungsurkunde und des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1869 (betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung) nicht im Einklang stehende Praxis sich entwickeln möchte. Diese Befürchtungen finden wir bereits bestätigt in der den Erlaß Euer Exzellenz in Bezug nehmenden Verfügung des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums vom 28. Januar 1896. Wir, als die gesetzlich berufenen Vertreter der größten jüdischen Gemeinde Preußens, halten uns deshalb für verpflichtet, Euer Exzellenz nochmals und

mit der ehrerbietigsten Bitte zu nahen, Euer Exzellenz wolle hochgeneigtest das Königliche Provinzial-Schul-Kollegium veranlassen, seine Verfügung vom 29. Januar 1896 aufzuheben, und dieser Behörde gegenüber aussprechen, daß die von derselben angeordneten Beschränkungen sowohl der Anstellung als der Thätigkeit jüdischer Lehrkräfte an den Gemeindeschulen in Berlin nicht aufrecht erhalten werden sollen. Wir glauben, diese Bitte auf Grund des geltenden Rechtes aussprechen zu dürfen, und zwar ohne auf eine Erörterung des in dem Erlasse Euer Exzellenz betonten evangelisch-christlichen Charakters der Berliner Gemeindeschulen näher einzugehen. Auch dieser Standpunkt schließt unseres unvorgreiflichen Dafürhaltens nicht aus, daß gesetzlich die Berliner Gemeindeschulen als Schulen angesehen werden, in welchen nach den Worten von Gneist „die Religion konfessionell gelehrt werden muß, die Wissenschaft nicht konfessionell gelehrt werden darf, die Staatsaufsicht in diesem Sinne gehandhabt werden soll.“ (Die konfessionelle Schule. S. 38 ff. cfr. auch Schulze-Graevenitz: Das Preußische Staatsrecht S. 352 ff. Aufl. 2.)

Wenn wir daher auch für selbstverständlich erachten, daß den die Schule besuchenden Kindern Religionsunterricht nur von einem Lehrer ihres Religionsbekenntnisses erteilt werden darf und den in dieser Beziehung einmal (soll wohl heißen: ein Mal) zu Tage getretenen Mißgriff eines Schulvorstehers auf das tiefste beklagen, so glauben wir dennoch hervorheben zu dürfen, einerseits, daß dieser vereinzelte Mißgriff die allgemeine und ohne Unterscheidung der verschiedenen Unterrichtsgegenstände erlassene Anordnung hinsichtlich der Vertretung der angestellten Lehrer nicht rechtfertigt, und andererseits, daß das Religionsbekenntnis des Lehrers betreffs des Unterrichts in anderen Wissenschaften als der Religion gesetzlich um so weniger in Betracht kommen kann, als nach dem Ministerialerlaß vom 15. Oktober 1872 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung von 1872 S. 273) die Geschichte der Begründung des Christentums in Deutschland und die Reformationsgeschichte dem Religionsunterrichte angegliedert ist, dieser Teil des Unterrichts den jüdischen Lehrkräften also unter allen Umständen entzogen bleibt.

Wir glauben bei dieser Sachlage aber gegen die grundsätzliche Auffassung Verwahrung einlegen zu müssen, nach welcher die Anstellung jüdischer Lehrkräfte nur erfolgen könne, weil und insoweit sie den Kindern ihres Glaubens Religionsunterricht zu erteilen haben, und wir haben den Ministerialerlaß vom 8. Juli 1875 in Uebereinstimmung mit den städtischen Behörden vielmehr dahin ausgelegt, daß die Anstellung jüdischer Lehrer und Lehrerinnen in Anwendung der durch Art. 4, 12 und 24 Abs. 1 und 3 der Verfassungsurkunde und das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 gewährleisteten Rechtsgrundsätze erfolgen solle, zumal den in der Zeit von 1875 bis vor einigen Jahren angestellten jüdischen Lehrpersonen bei ihrer Anstellung eine Verpflichtung zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts überhaupt nicht auferlegt worden ist.

Wir wollen indessen auf den Rechtspunkt nicht einmal entscheidendes Gewicht legen, wir meinen, daß gegen die den jüdischen Lehrkräften auferlegten Beschränkungen so zahlreiche Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründe entgegenstehen, daß schon diese zur Beseitigung dieser Beschränkungen führen sollten. Wir gestatten uns, zunächst Bezug zu nehmen auf die Ausführungen des hiesigen Magistrats in seiner Euer Exzellenz unterbreiteten Vorstellung vom 6. März 1896, in welcher der Nachweis geführt worden ist, daß ein großer Teil der neu angeordneten Beschränkungen mit den Einrichtungen der Gemeindeschulen in Berlin unvereinbar und deshalb undurchführbar ist. Der Teil dieser Vorstellung freilich, welcher den Glauben erwecken könnte, daß Lehrer und Lehrerinnen, welche dem jüdischen Glauben angehören, einer von der des Christentums verschiedenen Moral huldigen müßten und daß lediglich die Vorbildung auf christlichen Lehranstalten dieselben vor den Irrlehren des „Talmud“ und des „Schulchan Aruch“ bewahre, beruht auf vollständiger Verkennung der einschlägigen Verhältnisse. Es giebt kein jüdisches Religionsgesetz, welches mit irgend einem Grundsatz der christlichen Sittenlehre in Widerspruch stände.

Ueber die Bedeutung des Talmud und des Schulchan Aruch haben Rabbiner, welche den verschiedenen religiösen Richtungen im Judentum angehören, in einer Erklärung vom 1. Februar 1893 sich ausgesprochen, welche Euer Exzellenz wir in einem Druckexemplar zur hochgeneigten Einsicht in der Anlage zu unterbreiten nicht verfehlen.

Wir gestatten uns zu gleichem Zwecke ein Exemplar der Belegstellen zu den Grundsätzen der jüdischen Sittenlehre, welche namentlich für unsere Religionsschulen bestimmt sind, gehorsamst beizufügen, und wir dürfen vertrauen, daß Euer Exzellenz sich davon überzeugen werden, daß ein in diesen Grundsätzen erzogener Lehrer weder zur Entchristlichung der Schule beitragen, noch der christlichen Moral der Schüler Eintrag thun könnte. Wenn hinsichtlich der Sittenlehre des Judentums diesen Grundsätzen Entgegenstehendes behauptet worden ist, so beruhen solche Behauptungen teils auf absichtlicher Entstellung aus dem Zusammenhang gerissener Sätze der vorerwähnten Schriften, und zwar solcher Sätze, welche überhaupt keinen religionsgesetzlichen Inhalt haben, teils auf unrichtigen Vorstellungen, welche durch unlautere Machinationen der sogenannten Antisemitenpartei hervorgerufen worden sind. Mit freudigem Stolze dürfen wir aber auch hervorheben, daß die gedachten Moralgrundsätze von der jüdischen Religion nicht nur gelehrt, sondern von den Bekennern derselben und insbesondere von den Mitgliedern unserer Gemeinde im allgemeinen auch bethätigt werden. In der Liebe zu Kaiser und Reich, in der Verehrung des Staatsoberhauptes, in der Vaterlandsliebe und der Achtung vor den Gesetzen, in Reinheit des Familienlebens und in den Beweisen werkthätiger Liebe gegenüber ihren Mitmenschen stehen die Juden hinter den Bekennern anderer Religionen nicht zurück; die Akten der städtischen Stiftungsdeputation ergeben, daß die Beweise solcher Menschenliebe von Seiten der Juden sich keineswegs auf ihre Glaubensgenossen beschränken, daß sie keinen Unterschied des Glaubens und der Abstammung kennen, wenn es gilt, zu helfen oder das Gemeinwohl zu fördern. Eines weiteren Beweises dieser allgemein bekannten Thatsachen glauben wir überhoben zu sein, wir wollen nur beispielsweise an das neu errichtete Waisenhaus für Kinder aller Konfessionen zu Schmargendorf und an den unter dem segensreichen Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin in neuester Zeit begründeten Heilstätten-Verein für Lungenkranke erinnern, für welchen die jüdischen Mitbürger etwa drei Viertel der bisher aufgebrachten Mittel gewährt haben. Nicht Rühmens halber haben wir geglaubt, auf diese Thatsachen hinweisen zu müssen, wir sind hierzu vielmehr genötigt, um einerseits den systematischen Verleumdungen entgegenzutreten, welchen unser Glaubensbekenntnis seit vielen Jahren ausgesetzt ist, und andererseits darzulegen, daß diese Religion es ist, welche das Gebot „Liebe deinen nächsten wie dich selbst“ (3. B. Moses 19, 18) für ihren Hauptgrundsatz erklärt hat.

Und dennoch sollen Lehrkräfte, nur weil sie dieser Religion angehören, obwohl sie dieselbe Vorbildung genossen haben und in denselben Moralgrundsätzen erzogen sind, wie ihre Standesgenossen der beiden christlichen Konfessionen, Beschränkungen ausgesetzt werden, welche ihre Stellung und ihre Berufsfreudigkeit erheblich herabzudrücken geeignet sind. Sie sollen vorwiegend Religionsunterricht erteilen, obwohl sie gerade in diesem Unterrichtsgegenstande einen staatlich geordneten Befähigungsnachweis nicht zu führen vermögen, es soll ihnen nur ganz ausnahmsweise ein Ordinariat übertragen werden, und es soll ihnen nicht gestattet sein, die ihrem Unterricht anvertrauten Kinder durch mehrere Klassen hinauf-

wacklig, ein Turm nach dem andern stürzt. Jetzt ist es Zeit, jetzt muß die Straße der Freiheit sich uns eröffnen, wenn wir den häuslichen Zwist fahren lassen und gemeinsam die Steine herbeitragen, um diesen Pfad fest zu fügen und zu ebnen.

Das Judentum hat eine Gährung durchgemacht, es hat eine trübe Färbung angenommen, aber es ist das Kolorit, das auch der edle Wein während der Zeit seiner Klärung annimmt. Das Judentum besitzt ein Fundament aus unverwüstlichem Granit, einen reichen Fond von sittlichem Kitt, daß es ohne Schaden an seinem innern Körper einen solchen Prozeß siegreich überwinden kann. Seien wir gerecht gegen einander und wir werden innig und verträglich mit einander sein. Jeder Stern hat für sich seinen milden Schimmer und gönnt denselben neidlos auch seinen Genossen — vereinigt aber bilden sie erst den Sternenhimmel. Und hat das aufgeregte Meer auch verderbliche Wellen herangepeitscht, der warme heilkräftige Dünensand hat das Brausen nur wohlthätig empfunden, denn die einzelnen Körnlein haben sich desto inniger aneinander geschlossen. Und wird der Staub der Erde noch so sehr mit Füßen getreten, bei der ersten Gelegenheit erhebt er sich wieder und wirbelt gen Himmel empor. Das sind die drei Sinnbilder, hinter denen die Verheißung für unsere Zukunft sich verbirgt, das dürfen wir nicht vergessen.

Schließen wir wenigstens einen ehrlichen Waffenstillstand im Interesse unserer Jugend, wollen wir in ihre Herzen den Keim des Friedens legen; denn was soll wohl aus dem teuern Glauben werden, wenn die späteren Träger desselben durch den Zwiespalt, der vor ihren Augen sich abspielt, und der in ihre Herzen gesenkt wird, verwirrt werden?

Lasset uns nicht betonen, was uns trennt! Die Brücke wird sich von selbst finden, wenn wir eifriger das hervorheben, was uns verbindet, was uns gemeinsam und heilig ist und unseren Kindern wird es zum Segen gereichen, unsere Zukunft wird gerettet sein.

Ueber unsere Kinder hinweg wollen wir uns die Hände reichen, denn so wie wir einen Gott haben, beseligt uns trotz der Verschiedenheit der Auffassung nur ein Glaube. Vereinen wir unsere Kräfte, um die leider nicht wegzuleugnende Dekadenz im Judentum zu beseitigen, den Niedergang mit allen Kräften aufzuhalten, seinen Untergang für alle Zeiten unmöglich zu machen. Wir können es, wenn wir wollen, und wir wollen es ja, nur muß es von beiden Seiten eingestanden werden; belehren wir uns, aber bekämpfen wir uns nicht; nicht ein Kriegsruf, sondern die Friedensschalmei soll den Messias herbeirufen.

Auf, ihr Baumeister des Judentums, die Wüste ist da, aber auch das Baumaterial — in euren Händen, in eurem Geiste liegt es; wie bei der Schöpfung muß auf den dunklen Abend der helle Tag folgen. Auf, bauet die Straße, auf der wir und unsere Kinder in die Zukunft hineinschreiten können, vergesset aber nicht, daß die Füße unserer Jugend etwas zart und verwöhnt sind, nicht widerstandskräftig genug, auf allzu dorniger Straße zu wandeln, ohne sich zu verbluten. Drum ebnet den Pfad, damit er nicht zu schwer sei — der Weg, der hinaufführt zu unserm Gotte!

Dr. Singer, Coblenz.

König Midas.

Vor vier Monaten etwa ging durch die Kreise, die der Verwaltung der Berliner jüdischen Gemeinde nahestehen, ein Wispern und Raunen, daß eine große That geplant werde und schon der Vollendung nahe sei. Pflichtmäßige Verschwiegenheit verhinderte, daß mehr als allgemeine Andeutungen in die Oeffentlichkeit drangen; nur soviel wurde verlautbart, daß die Angelegenheit der jüdischen Lehrerinnen und Lehramtsanwärterinnen an den städtischen Schulen Berlins durch eine kräftige Eingabe wirksame Unterstützung finden solle. In der Erwartung eines baldigen Bescheides, der, wie man annahm, nicht anders als zusagend lauten konnte, wahrte man die — übrigens ganz unverständliche — Diskretion, um mit der Eingabe zugleich deren Erfolg kundzuthun. Doch Woche um Woche verging in vergeblichem Harren; das Wispern und Raunen hatte Erwartungen erregt, die nicht so lange unbefriedigt bleiben durften, besonders weil hier und da schon die aufschießenden Halme das gleichgiltige Geheimnis verrieten. Die Eingeweihten verloren die Geduld und verabredeten, daß kund werden solle, was sie in der Verschwiegenheit beschlossen und gethan.

Und nun ist es am Tage, das große Werk der Berliner Gemeindevertretung, König Midas braucht die hohe Mütze nicht mehr, die „gehorsamste Vorstellung" an den Kultusminister in Sachen der jüdischen Lehrerinnen ist im Wortlaut veröffentlicht worden. Vorstand und Repräsentanten haben — wahrscheinlich in Rücksicht darauf, daß unsere Leser in dieser Beziehung etwas verwöhnt sind — ihren Subalternkanzlistenstil nur den Organen der äußersten Rechten und der äußersten Linken zur Verfügung gestellt. Das ist aber eine übertriebene Bescheidenheit. Man erwartet nichts Besseres von ihnen, und deshalb können wir die „gehorsamste Vorstellung" auch an dieser Stelle wiedergeben, ohne daß wir besorgen müßten, dadurch einen Ruf zu schädigen.

„Euer Exzellenz haben durch den an den mitunterzeichneten Vorstand gerichteten hohen Erlaß vom 27. Dezember 1895 — U. III D. No. 4458 — einen erheblichen Teil derjenigen Besorgnisse gehoben, welchen die Mitglieder der von uns vertretenen Gemeinde wegen der in der Verfügung des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums hierselbst vom 15. Mai 1895 angeordneten Einschränkung der Anstellung jüdischer Lehrkräfte sich hingegeben haben. Wir würden nicht gezögert haben, Euer Exzellenz hierfür unsern ehrerbietigsten Dank auszusprechen, wenn nicht durch den gleichzeitig an das Königliche Provinzial-Schul-Kollegium gerichteten, von dieser Behörde dem Magistrat zu Berlin mitgeteilten und demnächst veröffentlichten Erlaß jene Besorgnisse neue Nahrung erhalten und zu der Befürchtung sich gesteigert hätten, es könnten die Weisungen Euer Exzellenz von den nachgeordneten Behörden dergestalt gehandhabt werden, daß daraus eine mit den Bestimmungen der Art. 4, 12, 24 der Verfassungsurkunde und des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1869 (betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung) nicht im Einklang stehende Praxis sich entwickeln möchte. Diese Befürchtungen finden wir bereits bestätigt in der den Erlaß Euer Exzellenz in Bezug nehmenden Verfügung des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums vom 28. Januar 1896. Wir, als die gesetzlich berufenen Vertreter der größten jüdischen Gemeinde Preußens, halten uns deshalb für verpflichtet, Euer Exzellenz nochmals und

mit der ehrerbietigsten Bitte zu nahen, Euer Exzellenz wolle hochgeneigtest das Königliche Provinzial-Schul-Kollegium veranlassen, seine Verfügung vom 29. Januar 1896 aufzuheben, und dieser Behörde gegenüber aussprechen, daß die von derselben angeordneten Beschränkungen sowohl der Anstellung als der Thätigkeit jüdischer Lehrkräfte an den Gemeindeschulen in Berlin nicht aufrecht erhalten werden sollen. Wir glauben, diese Bitte auf Grund des geltenden Rechtes aussprechen zu dürfen, und zwar ohne auf eine Erörterung des in dem Erlasse Euer Exzellenz betonten evangelisch-christlichen Charakters der Berliner Gemeindeschulen näher einzugehen. Auch dieser Standpunkt schließt unseres unvorgreiflichen Dafürhaltens nicht aus, daß gesetzlich die Berliner Gemeindeschulen als Schulen angesehen werden, in welchen nach den Worten von Gneist „die Religion konfessionell gelehrt werden muß, die Wissenschaft nicht konfessionell gelehrt werden darf, die Staatsaufsicht in diesem Sinne gehandhabt werden soll." (Die konfessionelle Schule. S. 38 ff. cfr. auch Schulze-Graevenitz: Das Preußische Staatsrecht S. 352 ff. Aufl. 2.)

Wenn wir daher auch für selbstverständlich erachten, daß den die Schule besuchenden Kindern Religionsunterricht nur von einem Lehrer ihres Religionsbekenntnisses erteilt werden darf und den in dieser Beziehung einmal (soll wohl heißen: ein Mal) zu Tage getretenen Mißgriff eines Schulvorstehers auf das tiefste beklagen, so glauben wir dennoch hervorheben zu dürfen, einerseits, daß dieser vereinzelte Mißgriff die allgemeine und ohne Unterscheidung der verschiedenen Unterrichtsgegenstände erlassene Anordnung hinsichtlich der Vertretung der angestellten Lehrer nicht rechtfertigt, und andererseits, daß das Religionsbekenntnis des Lehrers betreffs des Unterrichts in anderen Wissenschaften als der Religion gesetzlich um so weniger in Betracht kommen kann, als nach dem Ministerialerlaß vom 15. Oktober 1872 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung von 1872 S. 273) die Geschichte der Begründung des Christentums in Deutschland und die Reformationsgeschichte dem Religionsunterrichte angegliedert ist, dieser Teil des Unterrichts den jüdischen Lehrkräften also unter allen Umständen entzogen bleibt.

Wir glauben bei dieser Sachlage aber gegen die grundsätzliche Auffassung Verwahrung einlegen zu müssen, nach welcher die Anstellung jüdischer Lehrkräfte nur erfolgen könne, weil und insoweit sie den Kindern ihres Glaubens Religionsunterricht zu erteilen haben, und wir haben den Ministerialerlaß vom 8. Juli 1875 in Uebereinstimmung mit den städtischen Behörden vielmehr dahin ausgelegt, daß die Anstellung jüdischer Lehrer und Lehrerinnen in Anwendung der durch Art. 4, 12 und 24 Abs. 1 und 3 der Verfassungsurkunde und das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 gewährleisteten Rechtsgrundsätze erfolgen solle, zumal den in der Zeit von 1875 bis vor einigen Jahren angestellten jüdischen Lehrpersonen bei ihrer Anstellung eine Verpflichtung zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts überhaupt nicht auferlegt worden ist.

Wir wollen indessen auf den Rechtspunkt nicht einmal entscheidendes Gewicht legen, wir meinen, daß gegen die den jüdischen Lehrkräften auferlegten Beschränkungen so zahlreiche Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründe entgegenstehen, daß schon diese zur Beseitigung dieser Beschränkungen führen sollten. Wir gestatten uns, zunächst Bezug zu nehmen auf die Ausführungen des hiesigen Magistrats in seiner Euer Exzellenz unterbreiteten Vorstellung vom 6. März 1896, in welcher der Nachweis geführt worden ist, daß ein großer Teil der neu angeordneten Beschränkungen mit den Einrichtungen der Gemeindeschulen in Berlin unvereinbar und deshalb undurchführbar ist. Der Teil dieser Vorstellung freilich, welcher den Glauben erwecken könnte, daß Lehrer und Lehrerinnen, welche dem jüdischen Glauben angehören, einer von der des Christentums verschiedenen Moral huldigen müßten und daß lediglich die Vorbildung auf christlichen Lehranstalten dieselben vor den Irrlehren des „Talmud" und des „Schulchan Aruch" bewahre, beruht auf vollständiger Verkennung der einschlägigen Verhältnisse. Es giebt kein jüdisches Religionsgesetz, welches mit irgend einem Grundsatz der christlichen Sittenlehre in Widerspruch stände.

Ueber die Bedeutung des Talmud und des Schulchan Aruch haben Rabbiner, welche den verschiedenen religiösen Richtungen im Judentum angehören, in einer Erklärung vom 1. Februar 1893 sich ausgesprochen, welche Euer Exzellenz wir in einem Druckexemplar zur hochgeneigten Einsicht in der Anlage zu unterbreiten nicht verfehlen.

Wir gestatten uns zu gleichem Zwecke ein Exemplar der Belegstellen zu den Grundsätzen der jüdischen Sittenlehre, welche namentlich für unsere Religionsschulen bestimmt sind, gehorsamst beizufügen, und wir dürfen vertrauen, daß Euer Exzellenz sich davon überzeugen werden, daß ein in diesen Grundsätzen erzogener Lehrer weder zur Entchristlichung der Schule beitragen, noch der christlichen Moral der Schüler Eintrag thun könnte. Wenn hinsichtlich der Sittenlehre des Judentums diesen Grundsätzen Entgegenstehendes behauptet worden ist, so beruhen solche Behauptungen teils auf absichtlicher Entstellung aus dem Zusammenhang gerissener Sätze der vorerwähnten Schriften, und zwar solcher Sätze, welche überhaupt keinen religionsgesetzlichen Inhalt haben, teils auf unrichtigen Vorstellungen, welche durch unlautere Machinationen der sogenannten Antisemitenpartei hervorgerufen worden sind. Mit freudigem Stolze dürfen wir aber auch hervorheben, daß die gedachten Moralgrundsätze von der jüdischen Religion nicht nur gelehrt, sondern von den Bekennern derselben und insbesondere von den Mitgliedern unserer Gemeinde im allgemeinen auch bethätigt werden. In der Liebe zu Kaiser und Reich, in der Verehrung des Staatsoberhauptes, in der Vaterlandsliebe und der Achtung vor den Gesetzen, in Reinheit des Familienlebens und in den Beweisen werkthätiger Liebe gegenüber ihren Mitmenschen stehen die Juden hinter den Bekennern anderer Religionen nicht zurück; die Akten der städtischen Stiftungsdeputation ergeben, daß die Beweise solcher Menschenliebe von Seiten der Juden sich keineswegs auf ihre Glaubensgenossen beschränken, daß sie keinen Unterschied des Glaubens und der Abstammung kennen, wenn es gilt, zu helfen oder das Gemeinwohl zu fördern. Eines weiteren Beweises dieser allgemein bekannten Thatsachen glauben wir überhoben zu sein, wir wollen nur beispielsweise an das neu errichtete Waisenhaus für Kinder aller Konfessionen zu Schmargendorf und an den unter dem segensreichen Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin in neuester Zeit begründeten Heilstätten-Verein für Lungenkranke erinnern, für welchen die jüdischen Mitbürger etwa drei Viertel der bisher aufgebrachten Mittel gewährt haben. Nicht Rühmens halber haben wir geglaubt, auf diese Thatsachen hinweisen zu müssen, wir sind hierzu vielmehr genötigt, um einerseits den systematischen Verleumdungen entgegenzutreten, welchen unser Glaubensbekenntnis seit vielen Jahren ausgesetzt ist, und andererseits darzulegen, daß diese Religion es ist, welche das Gebot „Liebe deinen nächsten wie dich selbst" (3. B. Moses 19, 18) für ihren Hauptgrundsatz erklärt hat.

Und dennoch sollen Lehrkräfte, nur weil sie dieser Religion angehören, obwohl sie dieselbe Vorbildung genossen haben und in denselben Moralgrundsätzen erzogen sind, wie ihre Standesgenossen der beiden christlichen Konfessionen, Beschränkungen ausgesetzt werden, welche ihre Stellung und ihre Berufsfreudigkeit erheblich herabzudrücken geeignet sind. Sie sollen vorwiegend Religionsunterricht erteilen, obwohl sie gerade in diesem Unterrichtsgegenstande einen staatlich geordneten Befähigungsnachweis nicht zu führen vermögen, es soll ihnen nur ganz ausnahmsweise ein Ordinariat übertragen werden, und es soll ihnen nicht gestattet sein, die ihrem Unterricht anvertrauten Kinder durch mehrere Klassen hinauf-

zuführen. Wir können nicht einsehen, wodurch die jüdischen Lehrer und Lehrerinnen eine solche Zurücksetzung verdient haben. Es ist bereits angedeutet, daß nach den Einrichtungen der Berliner Volksschulen mit dem Ordinariat der Unterricht in den wichtigsten Unterrichtsgegenständen, namentlich im „Deutschen" verknüpft ist. Die Entziehung des Ordinariats ist demnach materiell fast gleichbedeutend mit der Entziehung der Lehrbefugnis überhaupt, abgesehen von dem Unterrichte in der jüdischen Religion. Zu dem gleichen Ergebnisse führt die Anordnung, daß eine Neuanstellung von Lehrpersonen jüdischen Glaubens nur zulässig ist, wenn die angestellten Lehrkräfte bis je zu zwölf Religionsstunden herangezogen sind, wie der Magistrat in seiner oben angezogenen Vorstellung bereits dargelegt hat. Es wird gesagt, die Rücksicht auf die Schüler christlicher Religion gebiete solche Maßnahmen. Wir erlauben uns, demgegenüber zunächst anzuführen, daß der jetzt seit länger als zwanzig Jahren in Berlin von Seiten jüdischer Lehrer und Lehrerinnen erteilte Unterricht in profanen Wissenschaften von Seiten der Eltern der so unterrichteten Kinder keinerlei Beschwerden hervorgerufen hat, wie dies der Magistrat und die städtischen Schulbehörden bestätigen werden, wir glauben aber auch weiter hervorheben zu dürfen, daß auch vom Unterricht christlicher Kinder durch jüdische Lehrer gilt, was über den gemeinschaftlichen Unterricht von Kindern verschiedener Konfessionen von einem der hervorragendsten Schulmänner Preußens gesagt worden ist, daß die Kinder dadurch „Toleranz und Humanität lernen, die größten Tugenden und Eigenschaften, welche die Staatsbehörde nach allen möglichen Richtungen zu fördern die Pflicht hat."

Das Gegenteil würde unseres unvorgreiflichen Dafürhaltens erreicht, der Frieden der Bekenner der verschiedenen Religionen bedroht, das Gift des Antisemitismus schon der Kinderseele eingeimpft werden, wenn die Kinder wahrnehmen, daß Lehrer, nur weil sie der jüdischen Religion angehören, trotzdem sie im Einzelfall die Liebe und Verehrung der ihnen anvertrauten Schüler in gleicher Weise wie ihre christlichen Standesgenossen sich zu erwerben verstanden haben, in der mehrgedachten Weise zurückgesetzt werden.

Wir glauben uns auf das Zeugnis sowohl der staatlichen als der städtischen Schulbehörden dafür berufen zu dürfen, daß jüdische Lehrer und Lehrerinnen in den ihnen bisher anvertrauten Lehrstellungen sich bewährt haben, wir sind damit einverstanden, daß von ihren Leistungen das höchst zulässige Maß erfordert werde, und wir bitten Eure Exzellenz, vor der Entscheidung über unser Gesuch in eine Prüfung der Wirksamkeit jüdischer Lehrkräfte nach dieser Richtung hochgeneigtest eintreten zu wollen.

Wir zweifeln nicht, daß alsdann Eure Exzellenz zu dem Ergebnisse gelangen werden, welches wir inständigst erbitten:

> bezüglich der Anstellung und Beschäftigung jüdischer Lehrkräfte in Berlin eine Veränderung der bisherigen Praxis nicht eintreten lassen zu wollen."

Zunächst muß anerkannt werden, daß die Gemeindevertretung die in diesem Blatte gegebenen Belehrungen sich zu Nutze gemacht und den groben Fehler vermieden hat, von dem der Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens aus Mißverständnis und aus Unverstand bei seiner den gleichen Gegenstand behandelnden Eingabe ausgegangen ist. Die Gemeindevertretung erklärt den Ministerialerlaß vom 27. Dezember v. J. für dankenswert, während der Zentralverein darin nur die vorsichtige Anweisung zu der schroffen Verfügung des Provinzialschulkollegiums sah. Doch es ist im Grunde ein mäßiges Lob für die Berliner Gemeindevertretung, einen von einem privaten Verein begangenen groben Irrtum nicht wiederholt und eine berechtigte Empfindlichkeit gegenüber dem Berliner Magistrat geäußert zu haben, der in seiner von uns eingehend besprochenen Vorstellung vom 6. März d. J. an den Herrn Unterrichtsminister die ungehörigsten Bemerkungen über Talmud, Schulchan Aruch und jüdische Sittenlehre — ironisch, wie nochmals versichert wurde — sich erlaubt hatte. Es hat ziemlich lange gedauert, bis die Gemeindevertretung zu einem Protest sich aufraffte, und billig muß man sich wundern, daß dieser Protest gegen den Berliner Magistrat an die Adresse des — Kultusministeriums gerichtet worden ist. Das verbrämende Selbstlob des Anteils der Juden an der öffentlichen Mildthätigkeit, das durch die Bemerkung, der Hinweis werde „nicht Rühmens halber" gemacht, seinen Charakter nicht verliert, wäre wohl besser fortgeblieben, besonders da das Waisenhaus für Kinder aller Konfessionen zu Schmargendorf, auf das namentlich Bezug genommen wird, eine Schöpfung von recht zweifelhafter Angemessenheit ist. Ebenso ungehörig, weil nicht mit der Sache in Zusammenhang stehend, ist der Hinweis auf den Patriotismus der Juden. Der Herr Unterrichtsminister muß sehr erstaunt gewesen sein, derlei allgemeine Betrachtungen in einer Eingabe behandelt zu sehen, die eine ganz bestimmte Forderung stellt. Er kann ja nicht wissen, daß Vorstand und Repräsentanz den ungeeignetsten Anlaß benutzen wollten, nachzuholen, was vor viertehalb Jahren versäumt worden ist, als Herr Justizrat Meyer sich weigerte, eine von beiden Kollegien, auch von ihm selbst, beschlossene Adresse an den Kaiser abzuschicken, weil er dadurch um den stellvertretenden Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung zu kommen besorgte!

Der Grundfehler in der „gehorsamsten Vorstellung" ist darin zu finden, daß ihre Urheber von der Meinung ausgehen, der Falksche Erlaß vom 8. Juli 1875 habe die Anstellung jüdischer Lehrkräfte nicht blos gestattet, „weil und insoweit sie den Kindern ihres Glaubens Religionsunterricht zu erteilen haben". Der Irrtum wird dadurch nicht geringer, daß die städtischen Behörden ihn geteilt haben, und „den in der Zeit von 1875 bis vor einigen Jahren angestellten jüdischen Lehrpersonen bei ihrer Anstellung eine Verpflichtung zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts überhaupt nicht auferlegt worden ist." Ein Irrtum kann durch Inveterierung nicht zur Wahrheit, ein Mißbrauch kann nicht dadurch, daß er längere Zeit unbemerkt oder ungerügt geblieben, zum Recht werden, selbst dann nicht, wenn der Mißbrauch an sich unter gewissen Gesichtspunkten erwünscht ist. Auch beweist die Versäumnis in den Anstellungspatenten der jüdischen Lehrpersonen in Berlin bezüglich ihrer Verpflichtung zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts nur Saumseligkeit, die übrigens durch eine neuere Praxis vermieden worden ist. Der Falksche Erlaß vom 8. Juli 1875, an dem Herr Dr. Bosse in allen Punkten festhalten zu wollen und den er für eine Notwendigkeit öffentlich erklärt hat, gestattete die Erteilung jüdischen Religionsunterrichts durch Lehrer jüdischen Bekenntnisses und die Berufung solcher Lehrer als ordentliche Lehrer der Gemeindeschulen. Das ist eine ganz unzweideutige Bestimmung, um deren Auslegung in erweitertem Sinne der Berliner Magistrat übrigens immer nur *theoretisch* sich bemüht, während er nach dem ausdrücklichen Anerkenntnis des Herrn Ministers Dr. Bosse den Versuch praktischer Anwendung sorglich vermieden hat. Der

Falksche Erlaß vom 8. Juli 1875 ist geltendes Recht. Diese Thatsache kann durch ein Citat aus Gneists Schrift über die konfessionelle Schule nicht umgestoßen werden.

Der Herr Unterrichtsminister Dr. Bosse hat öffentlich versichert und in seinem Namen versichern lassen, daß er eine Verminderung der jüdischen Lehrkräfte an den Berliner Kommunalschulen nicht wünscht, daß er eine Verminderung der jüdischen Ordinariate nicht verlangt, daß er lediglich den Berliner Magistrat angehalten und darüber Kontrole geübt wissen will, daß der Falksche Erlaß aufmerksamer als bisher beachtet werde. Dazu ist nichts anderes nötig, als daß die Berliner städtische Schulverwaltung weniger schematisch verfährt und bei der Verteilung der jüdischen Lehrkräfte auf die Kommunalschulen die Zahl der jüdischen Schüler besser als bisher berücksichtigt. Das ist vielleicht nicht ganz bequem, aber unbillig ist es nicht. Man hat von „Konduitenlisten" gesprochen und davon gefabelt, daß die jüdischen Lehrkräfte unter Observation gestellt werden sollten. In Wahrheit gilt die angeordnete Observation dem Berliner Magistrat, und erst der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat die gutherzige Naivetät gehabt, den Makel dem Magistrat abzunehmen und auf die jüdischen Lehrkräfte zu übertragen.

Was wir hier sagen, ist längst publici juris gewesen, als die „gehorsamste Vorstellung" der Berliner Gemeindevertretung beschlossen wurde. Ebenso war bereits bekannt, daß eine Prüfung der „Wirksamkeit" der jüdischen Lehrkräfte an den Berliner Kommunalschulen schon stattgehabt und ihr Ergebnis den Weg zu dem Chef der staatlichen Unterrichtsverwaltung gefunden hatte. Die Urheber der „gehorsamsten Vorstellung" hätten daher wissen müssen, daß sie im besten Falle sich vergeblich bemühten. Sie hätten sich auch sagen dürfen, daß ihr Petitum „bezüglich der Anstellung und Beschäftigung jüdischer Lehrkräfte in Berlin eine Veränderung der bisherigen Praxis nicht eintreten lassen zu wollen", in dieser Allgemeinheit geradezu anstößig erscheint. Oder ist es etwa nicht anstößig, wenn die Vertretung der jüdischen Gemeinde Berlin dagegen Einspruch erhebt, daß die jüdischen städtischen Lehrer mehr als bisher zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts herangezogen werden? Will die Vertretung der jüdischen Gemeinde Berlin vielleicht die Ansicht verteidigen, daß für jüdische Lehrer die Erteilung jüdischen Religionsunterrichts, — dem sie, nebenbei bemerkt, nach dem Falkschen Erlaß ihre ganze Berufung verdanken — ein pudendum sei?

Die Beantwortung der „gehorsamsten Vorstellung" wird noch eine Weile auf sich warten lassen, vor dem Herbst wird sie nicht kommen. Die Herren brauchen deshalb nicht ungeduldig zu werden, denn einen ablehnenden Bescheid hört man noch immer früh genug. Nicht das Unterrichts-Ministerium ist die Instanz, von der in dieser Frage Abhilfe zu verlangen ist, sondern die Schulverwaltung des Berliner Magistrats, die mit verdächtiger Bereitwilligkeit aus der bedauerlichen Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums Konsequenzen gezogen hat, die nicht notwendig sind.

Daß die jüdischen Lehrpersonen, die bereits angestellt sind, ihre Ordinariate behalten, verdanken sie nicht der „gehorsamsten Vorstellung" der Berliner Gemeindevertretung, ganz und gar nicht.

König Midas aber braucht den Verrat seines Geheimnisses nicht mehr zu fürchten — er hat selbst für seine Kundmachung gesorgt. M. A. Klausner.

Die Deutsch-soziale Reformpartei.

Der Antisemitismus, der in Deutschland seit beinahe zwei Jahrzehnten seinen unheilvollen Einfluß auf das öffentliche Leben ausübt, scheint in der letzten Zeit in sein letztes Stadium getreten zu sein: die Geschäftsantisemiten finden nicht mehr ihre Rechnung dabei und klagen fortwährend über den schlechten Geschäftsgang. Wie es in solchen Fällen stets zu geschehen pflegt, suchen sich die Hauptunternehmer gegenseitig für den Niedergang der mit so vielem Geschrei ins Leben gerufenen Richtung verantwortlich zu machen. Der Antisemitismus hat verschiedene Formen angenommen und zeigt sich in seinen verschiedenartigen Spielarten, von der atheistischen Judenfeindlichkeit des Philosophen Dühring bis zur fromm-christlichen Unduldsamkeit des Pastors Schall. Alle Schattierungen sind aber durch ihre Kulturfeindlichkeit und ihre politische Bösartigkeit gekennzeichnet. Die Zentrumspresse, an ihrer Spitze die „Kölnische Volkszeitung", giebt das folgende treffende Bild von dieser häßlichen Erscheinung unseres Jahrhunderts in ihrem Niedergange:

„Der Antisemitismus scheint wieder einmal in einer seiner nicht gerade seltenen „Krisen" zu sein. Aus seinem eigenen Lager kommen Stimmen über die „trostlosen Zustände", so verzweifelt und entrüstet, daß man kaum begreift, wie die antisemitische Partei überhaupt noch so lange zusammenhalten konnte. Der Antisemitismus hat von vornherein laboriert an der Methode und an den Personen. Sobald er als eigene Partei auftrat, war schon sein eigentliches Element das, was der Berliner „Radau" nennt. Maßlose Angriffe auf die Juden in Volksversammlungen und in der Presse, wüstes Geschimpfe und unterschiedloses Schmähen und Verhöhnen aller Juden und alles Jüdischen waren seine Zugmittel. Selbst die religiösen Gefühle der Christen wurden nicht geschont, wenn es galt, den Juden eins auszuwischen. Was die Antisemiten aber eigentlich wollten, darüber war nie rechte Klarheit zu gewinnen, wenigstens gab es da so viele Köpfe wie Meinungen. Die einen wollten sämtliche Juden ausweisen und nach Palästina verfrachten, die andern sie von allen Aemtern u. s. w. ausschließen und sie unter ein besonderes Recht stellen, andere wollten sie nur aus bestimmten Erwerbs- und erufs Zweigen insoweit zurückdrängen, als sie darin einen ihrer Gesamtzahl nicht mehr entsprechenden Prozentsatz einnehmen, wieder andere wollten nur die Gesetzgebung so ändern, daß die Christen besser geschützt seien gegen jüdische Geschäftspraktiken, und durch Aufmunterung des Selbstgefühls der Christen diese sich von den Juden emanzipieren lassen und die Juden zu „etwas mehr Bescheidenheit" zwingen.

Von den Männern, die sich an die Spitze der Bewegung stellten, sind viele bereits wieder verschwunden, andere werden nächstens verschwinden. Eine ganze Anzahl der Hauptlärmmacher waren bloße Geschäfts-Antisemiten. Frieden hat in der Partei nie bestanden. Schon als sie ein paar Reichstagsmandate erobert hatte, zählte sie so viele Fraktionen wie Ab-

geordnete. Keiner wollte sich dem andern unterordnen, jeder strebte für sich nach der Volksgunst, und wenn er glaubte, dies am besten durch Angriffe auf den andern erreichen zu können, so griff er ihn an. Wiederholt wurde Frieden geschlossen; auf Einigungs-Kongressen schien alles wohlgeordnet zu sein, aber am folgenden Tage brach der Streit wieder aus. Um sich den Anschein zu geben, als sei sie nicht blos negativ, gab die „vereinigte" Partei sich schließlich den Namen „Deutsch-soziale Reformpartei". Als solche ging sie mit 16 Mitgliedern aus den Wahlen von 1893 hervor. Aber diese Wahlen bildeten den Höhepunkt ihres Glückes. Ihre Leistungen im Parlamente beschränkten sich jedoch auf Radaureden und auf einige meist undurchführbare oder aussichtslose Initiativ-Anträge, wie Verbot der Juden-Einwanderung, Aufhebung des Impfzwanges u. a. In ihrer ganzen Leistungsfähigkeit hat die Fraktion sich am Schluß der eben beendeten Reichstagssession gezeigt. Diese vorgebliche Mittelstandspartei hat nicht einen einzigen Gedanken, geschweige denn Antrag zu Gunsten des Mittelstandes bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches zu Tage gefördert. Die ganzen zwei Anträge, die sie in der Kommission „zusammenstoppelten", vertreten die Interessen von Großindustriellen und Wucherern.

Der Radau-Antisemitismus hat seine besten Tage längst hinter sich und die antisemitischen Leistungen der Fraktion in den letzten Jahren werden kaum zur Hebung seines Ansehens im Lande beigetragen haben. Wir glauben nicht, daß Ahlwardt heute noch von zwei Wahlkreisen zugleich in den Reichstag gewählt würde. Bekanntlich haben die Antisemiten gegenüber dem Freisinn und dem sonstigen Liberalismus, als dessen erbittertsten Gegner sie sich aufspielten, so gut wie nichts auszurichten vermocht, sondern ihre Mandate meist den Konservativen, denen sie gesinnungsverwandt sein wollten, abgenommen; wenn sie selbst dazu nicht imstande waren, haben sie dazu mitgeholfen, daß Freisinnige sie ihnen nahmen . . . Der Radau-Antisemitismus hat sich selbst zu Grunde gerichtet und hat schwerlich Aussicht, je wieder emporzukommen."

* * *

Nicht minder interessant ist eine journalistisch-photographische Zeichnung der antisemitischen Volksvertreter, welche die „Posener Zeitung" aus der Feder eines Parlamentariers bringt: In unseren reichstäglichen Rückerinnerungen, — schreibt der Abgeordnete, — spielen diesmal die Herren von der deutsch-sozialen Reformpartei die heiterste Rolle. Aus den Berichten über die Verhandlungen kennt der Leser die wunderlichen Reden und Anträge der Antisemiten, aber um den rechten Eindruck von ihnen zu bekommen, muß man diese Zierden des Parlaments gesehen haben. Zwar der Berühmteste unter ihnen, Ehren-Ahlwardt, war unsichtbar. Verwaist trauern die Berliner Antisemiten um ihren Führer, der jetzt der Neuen Welt das Heil bringen will. Die Nachricht, daß die Arnswalder Antisemiten Ahlwardt 5000 Mark für die Niederlegung des Mandats geboten hatten, ist jedenfalls eine Ente gewesen; von einer Antwort auf diesen Vorschlag hat man nichts gehört. Das Reichstagsbureau behandelt den internationalen Prediger der Judenhetze als nicht mehr existierend; die Schildchen mit seinem Namen sind entfernt worden; bei namentlichen Abstimmungen wird jedoch sein Name, der an der Spitze von allen steht, mitverlesen, und Ahlwardt zählt im Reichstage insofern noch mit, als die absolute Mehrheit mit ihm eine Stimme mehr beträgt als ohne ihn. Sein Spezialfreund Böckel ist im Reichstage ein seltener Gast geworden; alle vier Wochen sah man ihn einmal. Er hat anscheinend die Absicht, sich von der Politik zurückzuziehen, da er die Antisemiten in ihrem grundreaktionären Wesen erkannt hat. Dagegen spielt unverdrossen die alte Rolle weiter Herr Liebermann von Sonnenberg, bei dem sich mit der antisemitischen die junkerliche Dreistigkeit kumuliert, und der als Einziger seiner Fraktion ein regelmäßiger Teilnehmer an den Sitzungen ist. An seinem Arme sieht man im Foyer häufig den Abgeordneten Iskraut, — den Pastor ohne Amt und mit dem Knüppel, — Liebermanns nächsten Gesinnungsverwandten. Der ganze Geist und die volle Grazie des Antisemitismus ist in seinen Zügen charakteristisch ausgeprägt, die immer triumphieren, ehe bei seinen Genieblitzen das ganze Haus in die ihm unbegreifliche Heiterkeit ausbricht. Der dritte im engeren Bunde ist der Gymnasialprofessor Förster, der von Ahlwardt zu Liebermann abgefallen ist. An seiner Sprechweise fällt das malende Hervorheben der Zischlaute auf, das nicht auf einem organischen Fehler oder auf unabsichtlicher Angewöhnung beruht, sondern das der Redner offenbar für schön hält. Seine körperliche Haltung ist die jener Leute, die sich selber im Wege stehen. Er ist ein gefürchteter „Hausleerer". Wenn die antisemitischen Macher immer noch nicht dahintergekommen sind, welche Wirkung die Agitation des Kleeblatts Liebermann-Iskraut-Förster durch ihren Inhalt und Ton erzielt, so brauchen ihre politischen Gegner sich nicht darüber zu grämen. Der jüngste der antisemitischen Abgeordneten, der Rechtsanwalt Dr. Vielhaben aus Hamburg, sticht in Erscheinen und Auftreten vorteilhaft von den vorhin genannten ab. In der Politik ist er aber im ganzen noch Neuling. Von den übrigen hat Herr Köhler als großer Zwischenrufer von derbem Kaliber und Herr Werner als trefflicher Darsteller im Fache des naiven, ehrenfesten Handwerkers Ruf. Die Sachsen aus der Fraktion sind während der verflossenen Tagung, von ein paar Reden des politisch viel gewandelten Zimmermann und des als Erscheinung nicht unsympathischen Blumenfabrikanten Gräfe abgesehen, sehr wenig zu Worte gekommen. Herr Lieber aus Meißen, sonst im Hause unbekannt, ist nun gar mit der Fraktion uneins geworden, weil er zum Unterschiede von den anderen eine eigene Meinung über das Bügerliche Gesetzbuch besaß und dafür stimmte. Er will nun „wild" werden wie sein Landsmann Sachße, ein dreißigjähriger Rittergutsbesitzer, der im unverfälschtesten sächsischen Dialekt über die Zunahme der Sozialdemokratie jammert, aber so wenig Argumente beizubringen vermag, daß man bei seinen Reden nur ein Unrecht der Sozialdemokraten empfindet: sie ärgern den guten Sachße so arg. Wäre man im Kampfe gegen die Sozialdemokratie auf die Antisemiten angewiesen, der Ausgang wäre nicht zweifelhaft. Aber es wäre nicht der Ausgang, den die Verteidiger der bestehenden Ordnung wünschen müssen." Wir glaubten, diese Zeitungsstimmen als Ergänzung zu unserem heutigen Sabbat-Nachamu-Leiter reproduzieren zu müssen.

Von Hirsch bis Breuer.

M. Frankfurt a. M., 18. Juli.

Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland, aber Frankfurt ist — Frankfurt. Und das Neueste in unserem Gemeindeleben hat Anspruch auf das allgemeine Interesse.

Die hiesige orthodoxe Separatgemeinde Adaß Jeschurun scheint nämlich doch endlich glücklich aus der Zwangsjacke befreit zu werden, in die sie sich vor sechs Jahren selbst gesteckt. Diese Zwangsjacke hieß — Dr. Breuer. Es war ein verhängnisvoller Schritt von wahrhaft tragischer Bedeutung, als die Adaß Jeschurun-Gemeinde, welche als die Orthodoxie in Glacé bis dahin galt, zum Nachfolger eines Samson Raphael Hirsch den Dr. Breuer wählte. Allen Respekt vor Herrn Dr. Breuer, vor seiner talmudischen Gelehrsamkeit, seiner starren Konsequenz, seiner Begabung im Genre des ungarischen Maggidus, einer Art „Pilpulistik" auf dem Gebiete der Agada 2c. Aber zum Nachfolger Samson Raphael Hirschs paßte er ganz genau wie — die Faust aufs Auge. S. R. Hirsch hatte seine Lebensaufgabe darin gesetzt, die Spannung zu beseitigen, welche durch geschichtliche Zufälligkeiten zwischen dem Judentum und der Bildung des 19. Jahrhunderts sich gebildet hatte. Hirschs höchste Maxime bestand in dem Satze: „Wir müssen unserer Jugend die Bildung unserer Zeit zuführen, nicht obgleich, sondern weil wir Juden sind." Er war durchdrungen von der Ueberzeugung, das Judentum habe die wahre Wissenschaft nicht zu fürchten, und nur die Scheinbildung, die Halbbildung sei eine Gefahr für unser Bekenntnis. Nicht Toleranz, sondern Verehrung verlangte er für die Wissenschaft; nicht weil die gesteigerten Anforderungen unserer Zeit eine gediegene Bildung zum Fortkommen im struggle of life der persönlichen und religiösen Bestrebungen notwendig machen, soll das Judentum Bildungsfreundlichkeit auf sein Panier schreiben, sondern weil das Judentum die Vermählung mit der wahren Bildung eines jeden Zeitalters als religiöse Pflicht fordert. Gesetzt, es käme eine Zeit, wo das praktische Leben der wissenschaftlichen Bildung entbehren könnte, so würde das Judentum mit demselben Nachdruck, wie Beschäftigung mit der Gotteslehre, auch Beschäftigung mit der Wissenschaft verlangen. S. R. Hirsch hatte ein unbegrenztes Vertrauen in die Wahrheit des Judentums, und insofern die echte Wissenschaft nur die Wahrheit lehrt, konnte, Hirschs Ueberzeugung nach, eine Kollision zwischen Wissenschaft und Judentum — zwischen wahrer Wissenschaft und wahrem Judentum — niemals entstehen. Dagegen war er andererseits der Ueberzeugung, daß ohne gediegene wissenschaftliche Bildung ein richtiges Verständnis des Judentums, eine volle Würdigung seines Geistes und seiner moralisch-pädagogischen Bedeutung ganz unmöglich sei. — Das war Hirschs Lebensprogramm; dieses Programm hat er theoretisch auf der Kanzel und in seinem „Jeschurun", und praktisch in seiner Schule, der Realschule der israelitischen Religionsgesellschaft, sowie in der Organisation und Führung seiner Gemeinde Adaß Jeschurun darzustellen gesucht.

Den gerade entgegengesetzten Standpunkt nimmt Dr. Breuer, der Nachfolger Hirschs ein, obgleich er ein Schwiegersohn Hirschs ist.

Dr. Breuer erkennt an, daß die wissenschaftliche Bildung für unsere Jugend eine Notwendigkeit sei, aber eine — traurige. Wissenschaftliche Bildung ist für Breuer eine Forderung des praktischen Lebens unserer Zeit, aber keine Forderung des Judentums. Das Judentum müsse leider diese Forderung des praktischen Lebens berücksichtigen, es muß sich zu Konzessionen verstehen, aber — „der Not gehorchend, nicht dem innern Triebe". Mit der Not würden auch die Konzessionen aufhören. Breuer ist der Ueberzeugung, der die alten Gegner der Mendelssohnschen Schule waren und die Anhänger des „Heiligen" des ungarischen „Unterlandes", des Rabbi Hillel Sikß noch huldigen: die wissenschaftliche Bildung sei eine Gefahr, ja die größte Gefahr des Judentums; zwischen Judentum und Wissenschaft könne nie eine Brücke geschlagen werden; die wissenschaftliche Bildung der Bekenner des Judentums müsse das Judentum erschüttern und das Judentum müsse darum die wissenschaftliche Bildung auf das unbedingt Notwendige, auf das unerläßliche, vom praktischen Leben unbedingt geforderte Maß beschränken. Und Dr. Breuer selbst ist der personifizierte Vertreter dieser Theorie; seine wissenschaftliche Bildung steht thatsächlich auf dem Niveau dieses unerläßlich notwendigen Maßes. Seine größten Gegner können ihm nicht den Vorwurf machen, daß seine Persönlichkeit mit dieser seiner Lehre nicht in Harmonie stehe. Er bildet keine Ausnahme, die diese seine Regel bestätigt, sondern ist die ganz kongruente Realisation dieser Regel, gleichsam eine Idealgestalt dieser seiner Idee von der prinzipiellen Feindschaft zwischen Judentum und Bildung. Ist für Breuer die Wissenschaft der „Amalek", der Israel bei dem Auszuge aus den mittelalterlichen Verhältnissen angefallen und die Schwachen unter den Zurückgebliebenen zur Fahnenflucht gebracht hat, so ist er selbst nicht der Saul, der für irgend ein Wesen dieses Amalek ein Herz hätte, sondern der unerbittliche Zelot, der diesen „Amalek" mit Stumpf und Stiel ausrotten möchte. „Gedenke stets dessen, was dir die — Wissenschaft gethan!" Darum „Kampf für den Ewigen gegen die Wissenschaft von Geschlecht zu Geschlecht" — in diese Variation des Bibelverses könnte man den Standpunkt des Herrn Dr. Breuer am zutreffendsten einkleiden.

Und dieser Dr. Breuer wurde der Nachfolger Samson Raphael Hirschs! Der Mann, der prinzipiell als der Antipode Hirschs bezeichnet werden darf, wurde berufen, übernahm den Beruf, das Lebenswerk Hirschs fortzusetzen! Damit ist die tragische Situation der Adaß Jeschurun-Gemeinde während der Aera Breuer gekennzeichnet. Breuer besaß zu diesem Berufe nur — die Tochter Hirschs, und es war kein glänzendes Zeugnis für den Erfolg der Lebensarbeit Hirschs, daß die Gemeinde, die sich mit Stolz nach dem Namen Hirschs nennt, den Herrn Dr. Breuer darum als zum Nachfolger Hirschs berufen erachtete, weil er sein Schwiegersohn war. Das ist ein Rätsel der „Gemeinde-Psychologie" — wenn ich in Analogie zu „Volks-Psychologie" so sagen darf — das zu denken giebt.

Sechs Jahre hatte die Gemeinde an der Suppe zu löffeln, die sie sich eingebrockt hatte. Nun scheint die Situation sich ja harmonisch auflösen zu wollen, da Herr Dr. Breuer einen Ruf an die „Schiffschul" in Wien angenommen haben soll. Nicht nur das Gros der Gemeinde, sondern auch Herr Dr. Breuer selbst hat endlich die Erkenntnis gewonnen, daß

dieser nicht der rechte Mann zur Fortführung des Hirschschen Lebenswerkes ist. Was dem Faß endlich den Boden ausgeschlagen, was diese Erkenntnis endlich durchdringen ließ — darüber im nächsten Berichte.

Kantorschulen.

Wir erhalten folgende Zuschrift, die wir unverändert wiedergeben, um sie in der nächsten Nr. zu beleuchten und zu ergänzen:

Jeder zielbewußte Jude freut sich über die Erscheinung, daß der unselige Indifferentismus unter der deutschen Judenheit in den letzten Jahren etwas gewichen ist, daß man allgemach einzusehen beginnt, daß das Judentum erhalten soviel heißt wie: es als lebendigen Organismus betrachten und seine Bestrebungen auf jedem Gebiete fördern. Während aber in der letzten Zeit über die Ausbildung unserer Rabbiner und Lehrer soviel geschrieben und gesprochen worden ist, während neue Lehranstalten und Institutionen für diese Stände geschaffen worden sind, blieb das Kantorentum nach wie vor das Stiefkind des Judentums, das in die Ecke gedrückt wird, um das sich niemand kümmert. Und doch ist dem Kantor ein gar hoher und schwerer Beruf zugewiesen! Er trägt wesentlich zur Hebung des Gottesdienstes bei und bildet dadurch einen Faktor innerhalb des jüdischen Gemeindelebens. Bedeutende Kantoren, Männer mit tüchtiger musikalischer Bildung, hebräischem Wissen und sittlichem Ernst sind dem Judentum ebenso nützlich und ebenso notwendig wie tüchtige Rabbiner und Lehrer. Daß aber solche Männer nicht aus der Erde wachsen, daß sie vielmehr rationell vorgebildet und für ihren späteren Beruf vorbereitet werden müssen, wird allgemein zugegeben, und doch ist gerade hier das Feld, auf dem noch nichts gethan und darum noch alles zu thun ist.

Heute werden die Kantoren in Deutschland an Lehranstalten ausgebildet, die dazu nicht geeignet sind, die weder das nötige Lehrmaterial noch berufene Lehrer für dieses Fach besitzen. Selbst in den größten Städten liegt die Leitung der Kantorenausbildung in den Händen von Chordirigenten oder anderer Musiker, die von den späteren Aufgaben des Kantors keine Ahnung haben. Es ist aber eine gewaltige Unterschätzung des Kantorats, wenn man glaubt, ein wenig Stimmbildung und bescheidene musikalische Kenntnisse machten den Kantor. Man kann ein sehr bedeutender Gesanglehrer, ein hervorragender Opernsänger sein, und sich doch für die Ausbildung von Kantoren nicht im geringsten eignen. Der richtige Kantor, der seinen Posten würdig ausfüllen soll, darf nicht das Produkt des Zufalls sein. Wer sich diesem Fache widmen will, muß frühzeitig dazu erzogen und herangebildet werden. Die Lehrfächer für den jüdisch-synagogalen Gesang müssen tüchtigen Kantoren anvertraut werden und die Kantoratskandidaten unter Aufsicht der Lehrer schon frühzeitig zum Vorbeten angehalten werden. Der Kantor soll kein Opernsänger, sondern ein Chasan sein, und das Chasanoth kann er eben nur von einem erfahrenen Fachmann lernen. Er muß nicht nur mit dem modernen Gottesdienste der Berliner Neuen Synagoge, sondern auch mit dem alten jüd. Ritus, mit allen Einlagen wie etwa סליחות, יוצרות und קינות und auch mit allen Minhagim der Liturgie Süd- und Norddeutschlands vertraut gemacht werden. Von wem soll nun der Zögling dies alles lernen, wenn nicht von einem Fachmann? Freilich, die Kantoren, welche ihre kantorale Ausbildung auf einem Lehrer-Seminar erhalten haben, vermögen sich für die alt-jüdische Vortragweise nicht zu begeistern; sie betrachten diesen wesentlichen Teil der jüdischen Musik als völlig veraltet und glauben die Sache mit der ebenso bequemen wie nichtssagenden Phrase: „Das ist ja polnisch!" abgethan zu haben. Wie wenig aber diese Ansicht gerechtfertigt ist, beweisen die ultramodernen Herren mit ihrem sogenannten „deutschen" Vortrag ohne Herz und Seele. Denn kommen sie einmal in die Lage ein Gebetstück vorzutragen, das von unseren Komponisten noch nicht in Noten gesetzt ist, dann stehen sie ratlos da. Die Schuld liegt an der verfehlten und durchaus mangelhaften Ausbildung im Kantorfache.

Zur Ausbildung in den allgemeinen musikalischen Fächern giebt es im musikliebenden Deutschland Gelegenheit genug, weniger aber für das spezifisch-kantorale Studium. Und doch soll und muß das Reinfachliche die Grundlage des Kantors bilden.

Was soll nun geschehen? Das System der Erziehung und des Unterrichts auf diesem Gebiete muß geändert werden. Mein Ideal wäre die Gründung von speziellen Kantorseminaren, an denen die jungen Leute in der Wissenschaft des Judentums, der Musik und in allen zum Kantorfache gehörigen Gesängen und Rezitativen gründlich unterrichtet werden. Denn nur auf einer solchen Anstalt, wo das Kantorat die Hauptsache und nicht blos Anhängsel ist, könnte das erwünschte Ziel erreicht werden, gebildete jüdische Chasanim und nicht moderne Sänger für die Leitung unseres Gottesdienstes zu gewinnen*).

Indessen, ich verhehle mir nicht, daß dieses Ziel vorläufig schwer zu erreichen ist. Was aber schon heute ohne schwere Opfer leicht zu erreichen wäre, das ist die Anstellung von Kantoren als Lehrer für die Fächer des synagogalen Gesanges an solchen Anstalten, die sich schon heute — sei es als Haupt- oder Nebenberuf — mit der Ausbildung von Kantoren befassen. Ich will nur diese Frage angeregt haben, mögen nun Berufene ihr ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Ist erst der Wille vorhanden — der Weg, welcher zum Ziele führt, wird leicht gefunden sein.

Potsdam. Kantor Z. Schönberger.

Wochen-Chronik.

Berlin, 22. Juli.

— **Das „jüdische Zentrum".** Unsere Antisemiten können sich auf die Zehen stellen, sie reichen doch nicht an die Höhe der Ausdrucksweise bayerischer Urwüchsigkeit heran. Die

*) Der Antrag des Herrn Amtsgerichtsrat Levi-Beuthen bei dem D.-J. G.-B. eine Schule für Vorbeter und Schächter zu gründen, war wohl einer ernsten Beratung wert. Die Art und Weise wie der Herr Referent seinen Antrag verteidigt hat, war nicht geeignet, diesen durchzubringen. Noch weniger sachgemäß waren die Ausführungen der dort anwesenden Lehrer, die die Schechita, welche wir eine מלאכת הקודש nennen, in unerhörter Weise herabwürdigten.

Pfarrkirchener Bundeszeitung schreibt unter der Ueberschrift: „Das Zentrum ist nicht mehr katholisch, sondern jüdisch“ folgendes: „Sogar die Stocklutheraner des Reichstags, die Konservativen haben sich gegen die Zivilehe des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgesprochen und boten alles auf, um ihre Freunde vom Christentum, die Zentrumsangehörigen, zu bewegen, nicht für die Zivilehe zu stimmen. Aber unser Herrgott im Himmel mit seinem „veralteten“ Sittengesetz denkt, und der Zentrumsführer Lieber mit seiner jüdischen Frau, die eine Zivilehe zu schätzen weiß, lenkt!“ — Nun hat er es weg, der Dr. Lieber mit seiner getauften Frau!

— **Die antisemitische Partei** entwickelt sich mächtig rückwärts, wie Hans v. Mosch wiederum in seiner „Deutsch. Reform“ behauptet, seitdem Herr Liebermann v. Sonnenberg die Leitung der Partei hat und als unumschränkter Diktator walte. Ahlwardt und Böckel seien als Menschen durchaus nicht in Schutz zu nehmen, aber als Politiker hätten sie eine Richtung verfolgt, die der antisemitischen Bewegung tausendmal dienlicher war, als die des Herrn v. Liebermann. Die Agitation der Antisemiten wird nach H. v. Mosch, der sich jedenfalls auskennt, „raubbaumäßig“ betrieben. Die auf Honorare angewiesenen Redner sprechen nicht dort, wo es nötig ist, sondern dort, wo man Honorare zahlen kann. Die kleinen Vereine, namentlich die in der Provinz, können infolgedessen nicht wachsen und die großen Vereine werden durch zum Teil weit übertriebene Forderungen in Schulden gestürzt und langsam zugrunde gerichtet. — An dem nämlichen Tage, an welchem H. v. M. das geschrieben, hat L. v. S. in einem Vortrage in Königsberg i. Pr. gegen 50 Pfennig Entree versichert, daß der deutsch-sozialen Reformpartei die Zukunft gehöre.

— **Bismarcks Küchenchef.** Ein Wiener Antisemitenblatt tischt seinen Lesern ein gräßliches Gerücht auf: Der Küchenchef des Fürsten Bismarck soll ein Jude gewesen sein! Haarsträubend! Grauenhaft! Zitternd denkt jeder Antisemit an die verhängnisvolle Möglichkeit, daß der jüdische Küchenchef seine grenzenlose Macht dazu ausnützen könnte, den größten deutschen Mann — nicht zu vergiften, nein, ihm noch Schlimmeres zuzufügen — ihn rituell zu nähren! Das Blatt spinnt einen ganzen historischen Roman aus, um den jüdischen Küchenchef zu einer Art Agenten der Alliance Israélite zu stempeln, und deutet an, daß auch Bleichröder dabei seine Hand im Spiele gehabt. Ja, es fehlt nicht viel, und die antisemitische Presse erklärt aus diesem Anlasse, wie so es gekommen sei, daß Bismarck allmählich sich den Antisemiten entfremdete, sie sogar verächtlich von sich schüttelte, daß er bei seinem Besuche in Wien die deutschnationalen Antisemiten wie die Christlich-Sozialen mit Abscheu mied und dafür den „jüdischen“ Chefredakteur der „jüdischen“ „Neuen Freien Presse“ empfing. Wer kann denn noch zweifeln, daß das alles die fürchterliche Folge der „rituellen“ jüdischen Kost gewesen!

— **Abraham, der Christlich-Soziale.** Stöcker veröffentlicht gemeinsam mit Prof. v. Nathusius und Lic. Weber eine „kirchlich-soziale Kundgebung“, die von einer größeren Zahl christlich-sozialer Stöckeranhänger unterschrieben ist. Den Reigen eröffnet ein emer. Pastor Abraham. Die Kundgebung fordert die Gesinnungsgenossen auf, „ohne Rücksicht auf Menschengunst zu gemeinsamer Arbeit auf den Grundlagen des alten Väterglaubens sich zusammenzuscharen“. An der Spitze der Unterzeichner steht ein emer. Pastor Abraham. Es handle sich um die Festhaltung der göttlichen Offenbarung gegenüber dem Abfall, um Bewahrung der Volkskirche gegenüber auflösenden Sekten und schwärmerischen Richtungen. Die Anschauung wird verworfen, daß das Christentum die sozialen Zustände und die wirtschaftliche Lage „nichts angehe“. Der Aufruf kommt auf die Gründung eines neuen evangelisch-sozialen Kongresses hinaus — und an der Spitze der Unterzeichner steht ein emerit. Pastor Abraham.

— **Jüdischer Reichtum.** In New-York giebt es 500 Millionäre. 33 haben über 40 Millionen Mark; 15 über 100 Millionen. 6 über dreihundert Millionen. Es sind dies die bekannten Rockefelder, Gould, Vanderbild u. s. w. Unter den 33 über 40 Millionen ist der „Allgem. Korresp.“ zufolge nur ein Jude. Dazu bemerkt die „Tgl. Rsch.“ vom 9. Juli: „Bei so riesenhafter Höhe des Kapitalismus braucht man aber überhaupt nicht mehr nach Name, Herkunft und Entstehung zu fragen. Es handelt sich in jedem Fall um eine ungesunde und unvernünftige Entwicklung.“ Warum fragt sie bei den Namen Rothschild und Bleichröder nach der Herkunft?

Feuilleton.

Die Frau im Judentum.

Dem vielcitierten Buche von Frau Remy-Lazarus*) widmet Oberrabiner Dr. Güdemann in der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ eine ausführliche Besprechung, in welcher er auf die großen Vorzüge des Werkes hinweist und bei dieser Gelegenheit auch auf die Stellung der Frau im Judentum zu sprechen kommt.

Die schablonenhafte Meinung, schreibt Güdemann, welche selbst in gelehrten Büchern verbreitet wird, geht gewöhnlich dahin, daß die Frau im Oriente infolge ihrer Zurückgezogenheit von jeher eine untergeordnete Rolle im öffentlichen Leben und im gesellschaftlichen Verkehr gespielt habe. Es kann aber keine unrichtigere Ansicht geben als diese, wie man sich aus dem Alten Testamente belehren kann. In jedem Falle bezeugt das letztere unwiderleglich, daß wenigstens im Volke Israel die Frau in ihrem Einflusse auf das öffentliche Leben und die Gesellschaft mit dem männlichen Geschlechte in erheblicher Weise wetteiferte. Nahida Remy führt die Frauen auf, welche als Königinnen, Prophetinnen und Heldinnen in nicht geringer Anzahl im Alten Testamente erwähnt werden und welche beweisen, welch hervorragender Anteil an der geschichtlichen Entwickelung des Volkes Israel den Frauen zukommt. Man braucht aber nicht auf die Höhen des Lebens sich zu begeben, um diese Einwirkung zu erkennen, auch das alltägliche Leben giebt Beweise dafür im guten und schlechten Sinne, und wer z. B. die ersten Kapitel der Sprüche Salomos aufmerksam liest, gewinnt den untrüglichen Eindruck, daß auf den Boulevards, in den Salons und Boudoirs von Jerusalem die Frauen geradeso wie in Paris und anderen Großstädten ihre

*) „Das jüdische Weib.“ Von Nahida Ruth Lazarus (Remy) Verlag von Siegfried Cronbach, Berlin.

Künste entfalteten und dadurch auf alle Verhältnisse Einfluß zu gewinnen wußten. Man kann nicht kürzer und treffender die verheerenden Wirkungen dieser „Damen“ schildern, als es der Verfasser des alttestamentlichen Buches thut. Er hat es aber auch wie kein Zweiter verstanden, die edle Frau und Familienmutter zu verherrlichen, und wenn K. Bücher, „Die Frauenfrage im Mittelalter“ (1882), sagt: „Gewiß waren es nur Gedanken, welche in der Tiefe des deutschen Volksgeistes schlummerten, denen Luther in seinem „Lob eines frommen Weibes“ so warmen Ausdruck verliehen hat“, so ist hierzu zu bemerken, daß der deutsche Volksgeist im vorliegenden Falle nur nachempfunden hat, was der jüdische bereits einige Jahrtausende vorempfunden hatte, denn das Luthersche „Lob eines frommen Weibes“ ist nichts anderes als die wörtliche Uebersetzung des 3. Kapitels der Sprüche Salomos. Immerhin ist die Konstatierung der Uebereinstimmung des alttestamentarischen Spruchdichters und des deutschen Volksgeistes des Reformationszeitalters in ihrem Urteile darüber, wie eine brave Hausfrau beschaffen sein soll, interessant genug. Man wird sich daher auch nicht über die Thatsache wundern, daß das so viel gebrauchte Dumassche Wort: „Cherchez la femme“ bereits in der ältesten rabbinischen Bibelauslegung, dem Midrasch, einen Vorgänger besitzt. Nur lautet es hier: „Alles rührt von der Frau her“, und wird nicht blos, wie der französische Ausspruch, im kriminalistischen, sondern im ethischen Sinn überhaupt angewendet. Zur Illustration diene folgende Erzählung. Ein frommer Mann besitzt eine ebensolche Frau. Da aber ihre Ehe lange Jahre kinderlos bleibt, so begegnen sich endlich beide in der Erkenntnis, daß ihr Zusammenbleiben dem lieben Gott und der Welt zu nichts nütze sei, und so kommen sie überein, ihre Ehe aufzulösen und sich anderweitig zu verheiraten. Der brave Mann trifft aber auf ein böses Weib, und die Folge dieser Verbindung ist, daß er selbst schlecht wird. Die Frau hinwiederum, welche in zweiter Ehe einen Taugenichts geheiratet hat, macht aus demselben einen braven Mann. Die Erzählung schließt mit dem Fabula docet: „Alles rührt von der Frau her.“

Eine andere, weitverbreitete, aber bei näherer Prüfung gleichfalls nicht aufrecht zu erhaltende Meinung ist diejenige, daß erst das Christentum der Frau eine würdige Stellung errungen habe. Nahida Remy weist unschwer nach, daß das Neue Testament geradezu für die Ehelosigkeit eintritt. Es duldet eigentlich nur die Ehe, wie die Verfasserin sich ausdrückt, „als Abzugskanal für unreine Säfte“. Bekannt sind die Paulinischen Sätze: „Ich wollte lieber, alle Menschen wären wie ich“, nämlich ledig, und: „Heiraten ist gut, nicht heiraten noch besser.“ Wären diese Anschauungen der ersten Christen Gemeingut des Christentums geblieben, so hätten sie schwerlich dazu beigetragen, das Ansehen des Weibes in der Gesellschaft zu heben. Allerdings fordert für den Fall, daß schon geheiratet wird, das Neue Testament strenge die Einehe. Sie wird aber schon im Alten Testamente durchwegs als Voraussetzung und Grundbedingung einer sittlichen Lebens- und Hausführung angenommen, wenn auch die Polygamie nicht ausdrücklich verboten wird. Schon im Satze der Schöpfungsgeschichte: „Deshalb soll der Mann seinen Vater und seine Mutter verlassen und seinem Weibe anhangen“, ist die Einehe unzweideutig als die Ehe, wie sie sein soll, hingestellt, wofür auch die stehende hebräische Bezeichnung der Nebenfrau als der „Feindin“ spricht. Endlich zeigt die an den Herrscher gerichtete Warnung, „er soll sich nicht zu viele Frauen nehmen“, was der Gesetzgeber von Polygamie gehalten hat. Gar stolz darf man überhaupt mit einer am Ende nur durch den Staatsanwalt aufrecht erhaltenen Monogamie nicht thun, und wenn Lagarde behauptet hat, die Polygamie der Juden sei nur „an dem Abscheu gefallen, welchen die Deutschen vor ihr empfanden“, so kann man diesem Satze den Ausspruch Carneries entgegenhalten, welcher aufrichtiger besagt, wie es heute im allgemeinen mit der Ehe aussieht: „Die alte Polygamie hat nur die Form gewechselt, heimlich wird sie betrieben.“

Zahlreich sind die Sätze, welche die Verfasserin aus dem Alten Testamente beibringt, in denen die Mutter dem Vater hinsichtlich des Anspruches auf kindlichen Gehorsam und Respekt ausdrücklich gleichgestellt wird. Ueberhaupt erscheint das Ideal des Weibes erst in der Mutter. Von dieser ihrer Eigenschaft als Mutter empfängt Eva („Mutter alles Lebendigen“) ihren Namen, womit vielleicht angedeutet ist, daß die Frau, welche den Menschen um das Paradies gebracht hat, ihm dasselbe als Mutter, als Begründerin der Familie, wieder verschaffen kann. Wo aber die Mutter so hochgestellt ist, da ist dem Weibe ein Ehrenplatz in der Gesellschaft eingeräumt, und dadurch wird diese selbst vor sittlicher Verderbnis bewahrt. Deshalb wurde im jüdischen Volke die Verheiratung gefordert und begünstigt. Ledige Männer und Frauenzimmer kamen über ein gewisses Alter hinaus nicht vor. Für den Pontifex maximus, den Hohenpriester, war die Vorschrift, verheiratet zu sein, so verbindlich, daß ihm, wenn er sich sieben Tage vor dem Versöhnungsfeste in das Heiligtum begab, um sich für das Sühneamt vorzubereiten, eine andere Frau für den Fall, daß seine Gattin in dieser Zeit sterben sollte, angetraut wurde. Man konnte sich nicht vorstellen, daß ein Mann, der keine Frau habe, der rechte Anwalt sei, um die Versöhnung des Volkes bei Gott zu erwirken, und wenn es in der betreffenden biblischen Vorschrift von dem Hohenpriester heißt, er soll zunächst Versöhnung „für sein Haus“ erflehen, so wird in der ältesten rabbinischen Auslegung an dieser Stelle bemerkt: „Sein Haus, das will sagen: seine Frau.“ Mit Rücksicht auf diese Auslegung erzählt der Schüler und Biograph des im Jahre 1427 verstorbenen Mainzer Rabbiners Jakob Mölln, derselbe habe seine Gattin nie anders als „meine Hausfrau“ genannt. Natürlich mußte die Frau und Mutter ihrerseits durch die gewissenhafteste Pflichterfüllung dafür sorgen, die ihr durch die Religion und Sitte zugestandene Stellung zu behaupten.“

Güdemann schließt seine Besprechung: „Hier ist nun der Punkt, an welchem die Verfasserin an die „Jüdin der Gegenwart“ manche beherzigenswerte Mahnung richtet, welche diejenigen, die es angeht, im Buche selbst nachlesen mögen, welche aber auch Nichtjüdinnen mit Nutzen lesen werden. Am Ende richtet sich die Minorität immer nach der Majorität, und wenn nicht mit Unrecht die eine oder andere jüdische Frau der Gegenwart wegen ihres Toilettenaufwandes, wegen ihres allzuhäufigen Erscheinens in der Oeffentlichkeit und der damit zusammenhängenden Vernachlässigung ihrer Hausfrauen- und

Mutterpflichten getadelt wird, so muß ihnen doch die Entschuldigung zugebilligt werden, daß sie nur dem allgemeinen Beispiele folgen, und wie sagt das Sprichwort? Schlechte Beispiele verderben gute Sitten."

Der Fortschritt.

Eine galizische Geschichte von S. Horowitz.

I. Nachdruck verboten.

„. . . . . . Und ich sage Dir, Louise, unser Robert muß ein großer Mann werden und sich einen feinen christlichen Chic zu eigen machen. Nicht umsonst habe ich ihn studieren lassen und dazu einen französischen Mentor gehalten. Er ist ein feiner Salonherr, tanzt so — wie heißt es doch gleich? — richtig: so graziös, daß die Mädel ganz in ihn vernarrt sind und macht überall — wie heißt es doch gleich? — Furie — ach nein, Fourore. Also, was ich sagen wollte: Der studierte Robert kann doch nicht mit diesen Leuten verkehren, das wirst Du doch auch einsehen, Lea — will sagen Louise — denn dann wäre mein schönes Geld nur zum Fenster hinausgeworfen. Also, wie gesagt, Robert kann sich mit den Pascheles nicht abgeben, trotzdem sie unsere, eigentlich Deine Verwandten sind. Dazu ist er zu fein, zu nobel und Du thätest auch gut daran, Dich allmählich von den Leuten zurückzuziehen denn daß ich es Dir nur sage, die altfränkische Familie geniert mich. Schon unserem Sohne zu Liebe müssen wir uns in höheren Sche . . . ja, Sphären bewegen und unsere alte Gasse vergessen. Heutigen Tages ist es die Hauptsache, dem Fortschritte zu huldigen, und deshalb habe ich auch mit meiner Vergangenheit gebrochen. Heute gelten nur moderne Leute, die nichts auf die alten Ammenmärchen geben." Und als Louise nichts erwiderte, fuhr er fort: „Siehst Du, ich weiß den Fortschritt zu würdigen und bringe ihm sogar Geldopfer. Habe ich doch meine altväterischen Kleidungsstücke um einen Spottpreis verkauft, mir eine neue deutsche Garderobe anfertigen lassen, neue moderne Möbel bestellt, ja sogar auf zwei Zeitungen abonniert, obwohl ich, wie Du weißt, kein großer Freund vom Lesen bin. Aber dafür muß jeder sagen: Das Haus des Herrn Philipp Nagelsein ist gebildet und in jenen Räumen weht der Geist des Jahrhunderts. Also was ich sagen wollte: Ich habe mir so viel Kosten gemacht, um nur mich und meine Umgebung zu modernisieren, daß mir im Stillen das Herz zusammenschnürt, und Du mußt schon mir zu Gefallen die Pascheles fallen lassen. Und noch eins, liebe Frau! Siehst Du, wir haben es so weit gebracht, daß junge feine christliche Herren unsern Robert besuchen, und da mußt Du schon erlauben, Dir zu sagen, daß Deine jüdische Perrücke ihm ein Dorn im Auge ist, und ich muß ihm natürlich nur Recht geben. Denn bedenke selbst: Was für einen Begriff können solche Kavaliere von unserer Bildung haben, wenn Du in Deiner Toilette um ein halbes Jahrhundert zurück bist und in einem Kostüm einhergehst, über welches sie sich nur lustig machen müssen. Also, weg mit der Perrücke, weg mit der altmodischen Haube; einen schönen Hut sollst Du Dir anschaffen mit vielen blauen und grünen Federn und dazu Kleider nach der neuesten Mode, daß man auf den ersten Blick erkenne, daß Du die Frau des Herrn Nagelsein bist",

Herr Nagelsein schnappte nach Luft; die langen zivilisatorischen Auseinandersetzungen hatten ihn erschöpft, und Frau Louise bemühte sich vergebens, einen tiefen Seufzer zu unterdrücken. Herr Philipp Nagelsein war eine hohe, knochige Gestalt in den Fünfzigern, mit einem alltäglichen, von einem rotblonden Backenbarte umrahmten Gesichte. Auf seinen Fingern glitzerten mehrere Brillanten, eine strangdicke Goldkette baumelte auf der geblümten Seidenweste und er hatte die Gewohnheit, seinen herunterhängenden Zwicker von Zeit zu Zeit auf die Nase zu drücken, weil das, wie er sagte, seinem Aeußeren etwas „Jnstinktquiertes" verlieh. Er hatte in seiner Jugend nichts gelernt und verstand auch nichts, aber ein Vermögen hatte er sich zusammengebracht, und wenn die Macht des Geldes nirgends unterschätzt wird, so übt sie in Galizien einen überwältigenden Einfluß aus. Im Bannkreise dieser Sonne erbleichen alle Sterne, und mit sklavischem Servilismus erweist alles dem Emporkömmling seine Reverenz.

Wie viele seiner geistesverwandten Standesgenossen wähnte unser Herr Nagelsein „mit dem Strom der Zeit zu schwimmen", dem „Zeitgeiste Rechnung zu tragen" und wie all die Schlagworte, welche er irgendwo abgelauscht und bei passender und unpassender Gelegenheit im Munde führte, heißen — wenn er das Judenviertel verließ, nach der inneren Stadt zog, seine Tracht, wie er es nannte, zivilisierte, sich schönes Mobiliar anschaffte und seine „altfränkischen" Bekannten aus der Judengasse mit Nichtachtung behandelte. Seiner Frau aber war dieses reformatorische Streben in der Seele zuwider und ihr gläubiges Gemüt litt Tantalusqualen. Sie konnte seinen „modernen" Jdeen kein Jnteresse entgegenbringen, pietätvoll wurzelte in ihrem Herzen das Andenken an die Vergangenheit, und wäre ihr Wille maßgebend gewesen, sie würde vorgezogen haben, lieber in der niedrigen Stube der engen Gasse zu wohnen, als hier in den Salons des fashionablen Stadtviertels sich so verlassen, fremd und unbehaglich zu fühlen.

Ihre jetzige glänzende Umgebung kam ihr so wenig anheimelnd vor, daß sie eine Bangigkeit beschlich, und inmitten der Herrlichkeiten schlich sie wie ein Schatten dahin. War sie doch so jäh, so unvermittelt aus ihrer alten liebgewordenen Umgebung herausgerissen, sollte so plötzlich jede Verbindung mit ihrem Heim, mit ihrer Wiegenstätte aufgeben und all dies dem „Fortschritt" zulieb. Wenn ihr Mann diesen Ausdruck mißverstand und den Flitter für das innere Wesen nahm, so war alles danach angethan, ihr dieses Wort, von dessen Bedeutung sie sich natürlich auch keine richtige Vorstellung machen konnte, zu verleiden. Soviel wußte sie, daß sie dieser Chimäre ihre bisherige Lebensweise, ihre Gewohnheiten opfern müsse; Grund genug also, daß die bloße Bezeichnung sie nervös machte. — Außerdem regte sich in ihr auch religiöses Bedenken. Es kam ihr da alles so unjüdisch vor, daß dieser fremde, eisige Hauch ihr die Luft benahm.

Ihr Mann hatte mit dem langen Rock alles, worauf sie Gewicht legte und was ihr zur zweiten Natur geworden war, abgestreift, daß das Band, welches sie bis jetzt umschlang, schier gelockert erschien. Sein ganzes Benehmen, seine ganze Denkart, kam ihr so befremdend vor, daß ihr angst und bange wurde. Er wollte nichts mehr vom Sabbat, nichts von den alten Gebräuchen wissen; er beantwortete ihre dies-

bezüglichen Vorstellungen mit leichtfertigen, ja geradezu cynischen Glossen, daß sie im geheimen bittere Thränen vergoß. Ihre „Perlenbinde", das Erbstück ihrer frommen Mutter, hatte sie schon längst ablegen müssen, und sie ruhte wie eine Reliquie in der Truhe. Jetzt verlangt er gar, daß sie die Perrücke, dieses letzte Ueberbleibsel aus der guten, alten Zeit ablege und sich modern kleide. Wohin soll das führen? Die jüdischen Namen sind schon längst verbannt, „christlich" ist die Parole. Und nun gar ihr Sohn! Er, ihr Ruben, ihr Teuerstes auf Erden, das einzige Kind von sechsen, sucht nur christliche Gesellschaft auf, sein Vater unterstützt ihn dabei nach Kräften, und auf sein Geheiß soll er gar die Familie Pascheles meiden. Pascheles! An diesen Namen, dem Namen ihrer Verwandten, ist sie seit ihrer ersten Kindheit gewöhnt, in ihrer Nähe ist sie herangewachsen, und ihre Jugendgespielin, die Altersgenossin, die Vertraute ihrer Mädchenträume, die leider vor zehn Jahren schon heimgegangene Sara war eine Pascheles von Hause und hatte einen Kousin gleichen Namens geheiratet, der ihr gleich ins Grab gefolgt war, ein einziges Kind, die schwarzäugige Mirjam, hinterlassend.

Und ihr Ruben ist mit Mirjam zusammen erzogen worden, ist er doch nur um drei Jahre älter, und der sehnlichste Wunsch der seligen Frau Sara ist es immer gewesen, aus den Beiden ein Paar zu machen, und sie, Frau Lea, war auch damit einverstanden. War doch der Abstand, früher natürlich, kein bedeutender, weder in sozialer noch in pekuniärer Beziehung. Als Frau Sara auf dem Sterbebette lag, Lea an ihrem Bette weinte, und die Kleinen drin im anstoßenden Zimmer ihre Thränen fließen ließen, wurden sie ans Sterbelager gerufen, die Verscheidende legte die kleinen Händchen in einander, breitete ihre schwachen zitternden Hände segnend über ihre Köpfe, und Frau Lea gab ihr in dieser traurig-feierlichen Stunde das Versprechen, die Kinder, sobald sie herangewachsen, mit einander zu verheiraten. — Und nun will ihr Mann auch diese heiligen Bande lösen.

Lea stand auf, um das Zimmer zu verlassen.

Sie will jetzt ihre alten Bekannten in der „Gasse" aufsuchen und umarmen. So fühlt sie sich zu mutlos, zu gebeugt, um ihrem Gemahl auf seine Programmrede etwas zu erwidern. Das Sprechen ist auch ihre starke Seite nicht, sie ist eine mehr passive, aber tieffühlende Natur und findet nicht den Mut sich gegen den Willen ihres Mannes öffentlich aufzulehnen, wenn ihre Anschauungen auch diametral auseinandergehen. Sie war von jeher daran gewöhnt, sich seiner Leitung anzuvertrauen, umsomehr als früher gar kein Grund zu ernsten Meinungsverschiedenheiten vorhanden gewesen war. Erst seit diese unselige Fortschrittsmanie ihn erfaßt, kommt er ihr wie ausgewechselt vor; sie aber blieb dieselbe. Sie will ihn auch jetzt nicht durch einen Widerspruch reizen, und ihrem Herzen entsteigt ein Gebet, daß der Weltenherrscher alles zum Guten wenden möge.

Herr Nagelfein greift nach einem Zeitungsblatte, setzt sich den Zwicker auf, schüttelt aber mehrmals das Haupt, als befriedige ihn die Lektüre nicht, und dies, wie wir vermuten, deshalb, weil er sie nicht recht versteht.

(Fortsetzung folgt.)

---

* **Wieder ein jüdisches „Wunderkind."** Wir lesen in der „Neuen Musikzeitung:" In Galizien, an der Grenze von Europa und Halbasien, wo die Kultur sich noch scheu an den Menschen vorbeidrückt, wurde Paula Szalit geboren. Dort ist sie zum Wunderkinde — wenn man sie so nennen darf — schnell gereift. Die Leute schüttelten sich die Köpfe müde über dieses kleine Mädchen, das sich in Träumereien auf dem Klavier ergeht, während es seine Zärtlichkeit für die Puppenstube noch nicht abgestreift hat. Die Kleine ist erst neun Jahre alt. Sie überlegt nicht, sie wägt nicht, wenn sie spielt, der Instinkt spricht ihr das große Wort. Mit diesem verbindet sich bei Paula Szalit noch ein starker Drang, ihre inneren Erlebnisse musikalisch zu gestalten. Nämlich das, was ihr ein Erlebnis dünkt, die fremden Stimmen der Komponisten, die sie in sich aufgenommen hat und zu verwerten sucht. So komponiert sie ohne jegliche Anleitung kleine Klavierstücke voll Wohlklang. Ueberraschend ist in ihnen der feine Sinn für den Bau der Perioden, für rhythmische Abwechselung und harmonische Pointe. In einem glänzend besuchten Konzert zeigte sich Paula Szalit auch als Pianistin und Improvisatorin. Da saß sie auf einem hohen Stuhl, ließ die zierlichen Händchen, die noch keine Oktave zu spannen vermögen, hurtig über die Tasten geleiten. Kein Takt, keine Note klang da nach Dressur, mit dem lebendigsten rhythmischen Gefühl, mit Geist und Anmut wurde alles vorgetragen. Es erschien namentlich im Adagio aus der D-dur-Sonate von Beethoven vieles verkleinert, abgeschwächt, aber selbst in diesem kleineren Format standen die einzelnen Teile in den richtigsten Verhältnissen zu einander und verschlangen sich harmonisch zu einem zartgetönten Ganzen. Feine, zierliche Stücke, wie das Rondo capriccioso von Mendelssohn, Le Couco von Daquin, eine Barkarole und Mazurka eigener Komposition, stellte sie mit überlegener Grazie; kein Virtuose wird sie besser spielen. Bis vor kurzem hat Paula Szalit nur von ihrem Bruder Unterricht genossen. Jetzt unterweist sie Robert Fischhof vom Konservatorium in Wien, der sie vielleicht bald einem Größeren abtreten wird. Eugen d'Albert hat, überrascht von der außerordentlichen Begabung der Kleinen, sich nämlich erboten, sie zu unterrichten.

Hier und dort.

* **Berlin**, 21. Juli. Auf die Wiener Antisemiten übt die Gewerbe-Ausstellung der freisinnigen Stadt Berlin eine große Anziehungskraft. Schon wieder ist eine Anzahl dieser Herren, und zwar von der deutsch-nationalen Sorte, die auf den ehemaligen Ritter von Schönerer schwört, eingetroffen.

* **Berlin**, 21. Juli. Frhr. v. Hammerstein wird in der Einzelhaft mit Flickarbeiten für die Schneiderwerkstatt der Strafanstalt beschäftigt. Hierzu bemerkt die Fr. Ztg.: Seine Befähigung, andern Leuten etwas am Zeuge zu flicken, hat er schon als Kreuzzeitungs-Redakteur nachgewiesen.

* **Berlin**, 24. Juli. Der Versuch eines Anonymus in der Voss. Ztg., das Seebad Juist als nichtantisemitisch hinzustellen, ist kläglich gescheitert. Die nämliche Voss. Ztg. teilt folgendes mit: Zwei Damen, Israelitinnen, beabsichtigten ihre Ferien im Nordseebad Juist zu verleben. Da sie aber

gehört hatten, daß dort ebenfalls der Antisemitismus sein Wesen treibe, fragten sie bei der Badedirektion an, ob sich dies in der That so verhalte, und die Badedirektion antwortete darauf, daß „die Badeverwaltung als solche sicher nicht so ist“, daß den Israeliten der Aufenthalt aber dort nicht angenehm gemacht würde und ihnen daher nur zu raten wäre, Juist nicht zu besuchen.

X **Beuthen**, O.-S., 22. Juli. Der Oberschlesische Rabbinerverband hat die gegenseitige Vertretung seiner Mitglieder in den Ferien derart geregelt, daß vom 15. bis 20. Juli die Herren Rabbiner DDr. Blumenthal-Ratibor, Deutsch-Sohrau und Rau-Pleß, vom 21. bis zum 27. Juli Dr. Silberberg-Beuthen, vom 27. Juli bis 1. August voraussichtlich Dr. Friedmann-Lublinitz und vom 2. bis zum 18. August die Herren DDr. Löwenthal-Tarnowitz und Kaatz-Zabrze in Amtshandlungen vertreten. Die Inhaber der anderen oberschlesischen Rabbinate gehen ganz in die Ferien.

✤ **Kiel**, 20. Juli. Die Antisemiten versuchen gegenwärtig in Schleswig-Holstein festen Fuß zu fassen. Hier haben sie bereits eine Reihe von Versammlungen veranstaltet. In einer von den Antisemiten in Sterup abgehaltenen Versammlung wurde ein Begrüßungstelegramm an die Kaiserin abgesandt, wofür der übliche höfliche Dank durch den Kammerherrn von dem Knesebeck folgte. — Vor einigen Tagen hat auch ein antisemitischer Verbandstag für Schleswig-Holstein und Hamburg hier stattgefunden, der eine Organisation beschlossen hat, um die gemeinsame Agitationsarbeit für die „Deutsch-soziale Reformpartei“ zu fördern. Diese antisemitische Organisation ist, wie auch anderswo, in einer Provinz geschaffen worden, die, von ein paar Städten abgesehen, fast ganz ohne Juden ist.

✗ **Gießen**, 12. Juli. Als Ergänzung der Korrespondenz aus Frankfurt am Main in der vorletzten Nummer dieses Blattes möge der folgende Bericht dienen: Am 28. Juni hatten sich auf Einladung der israelitischen Religionsgemeinde Gießen eine größere Anzahl von Gemeindevorständen hier versammelt, um zur Frage der Wiederbesetzung des Provinzialrabbinats, das z. Z. durch die Pensionierung des Rabbiners Dr. Levi erledigt ist, Stellung zu nehmen. Nach längerer Debatte wurde nachstehende Resolution, die vom Gemeindevorstand zu Friedberg eingebracht war, mit überwältigender Majorität angenommen: „Die aus Anlaß der Wiederbesetzung der Rabbinatsstelle in Gießen am 28. Juni 1896 versammelten Vorstände israelitischer Religionsgemeinden der Provinz Oberhessen empfehlen sämtlichen Gemeindevorständen für die von hoher Staatsbehörde an sie gerichteten Anfragen folgende Beantwortung: Der unterzeichnete Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde in — — beantwortet die an ihn ergangene Anfrage, „ob er eine Teilung des jetzigen Rabbinats Gießen in zwei Rabbinate wünsche, von welchem das eine mit einem Rabbiner orthodoxer Richtung, das andere mit einem der liberalen Richtung angehörigen Rabbiner zu besetzen wäre“, mit einem entschiedenen „Nein“. Er glaubt hierfür besonders zwei Gründe anführen zu sollen. 1. Einen finanziellen. Die Zweiteilung würde eine solche Vermehrung der Beiträge zur Landjudenschaftskasse zur Folge haben, daß die einzelnen Gemeinden diese nur unter den schwersten Opfern aufzubringen imstande wären, ja sogar ihre Existenz in Frage stellen müßten. Die Erhöhung dieser Beiträge würde um so tiefer empfunden werden, da auch noch die Besoldung für den pensionierten Herrn Rabbiner Dr. Levi aufgebracht werden muß, demnach also drei Rabbiner zu besolden wären. 2. Glaubt sich der unterzeichnete Vorstand auch deshalb gegen eine Zweiteilung aussprechen zu sollen, da ein Bedürfnis hierfür nicht vorhanden. Die Religionslehrer der Gemeinden sind, namentlich wenn ihre materielle Stellung gebessert wird, und demzufolge überall geeignete Lehrer angestellt werden können, imstande, wesentliche Funktionen der Rabbiner zu erfüllen, und wäre eine Erhöhung der Landjudenschaftsgelder also nur unter diesem Gesichtspunkte gerechtfertigt. Der unterzeichnete Gemeindevorstand ist der Ueberzeugung, daß den Interessen der Religionsgemeinden wohl am besten gedient würde, wenn weder ein Rabbiner orthodoxer, noch reformer Richtung, sondern ein religiöser Rabbiner gemäßigter Richtung an den Posten des Provinzialrabbinats berufen würde, ein Mann, der geeignet und gewillt ist: 1. Das Schulwesen nach pädagogischen, von echter Wissenschaftlichkeit geleiteten Grundsätzen unter pietätvoller Schonung berechtigter Eigenheiten zu überwachen. 2. Das rituelle Schächtwesen unter Beobachtung der religionsgesetzlichen Forderungen zu beaufsichtigen, dabei aber die bewährte und erprobte Autonomie der Gemeinden und die Gewissensfreiheit der einzelnen Gemeindemitglieder als berechtigt anzuerkennen.

G. **Kettwig**, 20. Juli. Am 22. d. M. tagte in Düsseldorf die Bezirkskonferenz des Vereins jüd. Lehrer in Rheinland und Westfalen (Bezirk Düsseldorf und Umgegend.) Der Bezirksvorsitzende, Herr Lehrer Löbenstein-Düsseldorf gab zunächst einen kurzen Bericht über die vorjährige Versammlung, hieran wurde Punkt 2 der T.-O. dadurch erledigt, daß Kollege Blork-Oberhausen das Referat über das Thema: „Welche Methode ist die geeignetste für den hebräischen Uebersetzungsunterricht?“ für die nächste Konferenz übernahm. — Dankend nahm die Versammlung bei Gelegenheit des nächsten Punktes die Einladung des Kollegen Nußbaum-Duisburg an, die nächste Konferenz am 24. September in Duisburg abzuhalten. Es folgte hierauf ein Vortrag von Lehrer Abraham-Kettwig über „Das „Was“ und „Wie“ des hebräischen Grammatikunterrichts.“ Referent begründete eingehend die Notwendigkeit des Grammatikunterrichts. Eine Besprechung der von dem Referenten gegebenen Thesen wurde auf die nächste Konferenz, mit welcher eine Lehrprobe des Grammatik-Unterrichts durch Kollege Nußbaum verbunden sein soll, verschoben. — Lebhaft gestalten sich die freien Besprechungen. Hauptsächlichen Gegenstand derselben bildeten die Unterstützungen, welche laut Vereinsbeschluß die einer Unterstützungskasse beitretenden Vereinsmitglieder aus der Vereinskasse erhalten. Die Versammlung rügte das Vorgehen des Vorstandes, der diese Beihilfen dem betr. Antragsteller unter der Bedingung auszahlen wollte, daß derselbe sich in einem Schuldscheine zur Rückzahlung der empfangenen Unterstützungen innerhalb 4 Jahren verpflichtete. Die Ausführungen des Vertreters des Vorstandes, Kollegen Sulmann-Köln vermochten nicht, die Berechtigung des Vor-

standes zu diesem Schritte darzuthun. Nach lebhafter Debatte gelangte eine die Mißbilligung der Versammlung über das eigenmächtige Vorgehen des Vereinsvorstandes aussprechende Resolution mit überwiegender Stimmenmehrheit zur Annahme.

Straßburg, 19. Juli. Nach dem von der Regierung veröffentlichten statistischen Ueberblick über die höheren Schulen des Reichslandes hat am 1. November 1895 die Gesamtzahl der Schüler an den höheren Schulen 8407 betragen, von denen 3931 (46,6 Prozent) Katholiken, 3705 (44,1) Protestanten und 771 (9,3 Prozent) Israeliten waren. Die letzteren besuchen vorzugsweise die 14 aus Landesmitteln unterhaltenen Schulen; nur 91 israelitische Schüler sind in den 6 von kirchlichen Behörden unterhaltenen höheren Schulen. Unter den 26 Direktoren sind gleich viel Katholiken und Protestanten, unter den 278 Oberlehrern 109 Katholiken, 161 Protestanten und 8 Israeliten, unter den 41 wissenschaftlichen Hilfslehrern und Probekandidaten 16 Katholiken, 22 Protestanten und 3 Israeliten, unter den seminaristisch vorgebildeten Lehrern befindet sich kein Israelit.

Wien, 15. Juli. Dieser Tage hat der 20jährige Schuhmacher Aegidius Leiß auf sonderbare Art seinem Leben ein Ende gemacht; er bestieg den Stefansturm und stürzte sich von dort in die Tiefe. Als man den Selbstmörder mit zerschmetterten Gliedern fand, durchsuchte man seine Taschen. Unter den vielen Papieren fand sich auch ein Zettel und auf diesem stand folgender, in der Orginal-Orthographie wortgetreu wiedergegebener „Lueger-Vaterunser": Vater unser der Du bist in Wien, gelobt sei dein Name in Wien auch am Lande, beschütze unser christliches Volk. Dein Wille geschehe bei allen Völkern der Erde, verschaff uns kein Jüdisches Brod sondern nur christliches, und gebe billiges Fleisch dazu, vergieb allen Schuldern, welche durch Jüdische Wucherhände betrogen wurden, auch wollen wir Ihnen vergeben, führe uns nicht in Versuchung eines anderen Sinnes zu werden, sondern erlöse uns von dem Judengesindel Amen." — In unserem Nachbarorte Baden hat sich Frl. Helene v. Gutmann, Tochter des Herrn David Ritter v. Gutmann und der Frau Sophie v. Gutmann, mit einem unserer Glaubensgenossen, Herrn Dr. jur. Grafen Victor Sacerdoti di Carobio, Attaché bei der italienischen Botschaft in Paris, verlobt. Der Vater des Bräutigams zählt zu den frömmsten und strenggläubigsten Israeliten.

Lemberg, Mitte Juli. Der hier abgehaltene Katholikentag hat einige Beschlüsse mit antisemitischem Gepräge gefaßt. So wurde der „Verkauf und die Verpachtung von Gütern in nichtchristliche Hände" als „religiöse, nationale und gesellschaftliche Niederlage" erklärt. Es wurde ferner beschlossen, darauf einzuwirken, daß Verfügungen erlassen werden sollen, die es verhindern würden, in „nichtchristlichen Dorfschänken" Geschäftsläden und Trafiken zu eröffnen. Endlich wurde beschlossen, für ein Gesetz einzutreten, welches den Juden die Anfertigung von liturgischen Gegenständen, Heiligenbildern und dergleichen, sowie den Handel mit denselben untersagt, zugleich aber die Geistlichkeit dringend zu ersuchen, darüber zu wachen, daß die Gläubigen die Vorschriften der geistlichen Behörde befolgen und die erwähnten Gegenstände nicht bei Juden kaufen sollen. Der Katholikentag empfahl auch, bei den politischen Behörden dafür Sorge zu tragen, daß bis zum Zustandekommen des betreffenden Gesetzes das Hofdekret, welches Juden den Verkauf kirchlicher Gegenstände verbietet, vollinhaltlich zur Anwendung gelangt.

Görz, 26. Juli. Hier im österreichischen Küstenlande wohnen bekanntlich zwei Nationen: Italiener und Slaven (Slovenen). Erstere verabscheuen den Antisemitismus, wogegen letztere ihm zugethan sind. Um nun diesen eine angenehme Lektüre zu verschaffen, hat das hier erscheinende klerikale Blättchen „Eco del Literale" eine ganze Blumenlese aus den Schriften jüdischer Renegaten und sogengnnter christlicher Gelehrten über den Ritualmord veröffentlicht. Daraufhin veröffentlichte ein Mitglied unserer Gemeinde, Herr Benedetto Morpurgo, eine Gegenschrift, in der er nachwies, daß alle diese Renegaten und Gelehrten nur gelogen haben. Das „Eco" hat nun seinen Feldzug gegen die Juden wieder eingestellt.

Pest, 15. Juli. Wie ich aus verläßlicher Quelle erfahren, wird Herr Heinrich von Levay, der am Sonntag auf seiner Besitzung im Raaber Komitate durch den Abt Pfarrer Ruschek die Taufe empfangen hat, seine Stelle als Mitglied des Magnatenhauses niederlegen. Herr von Levay wird bei diesem Schritte von der Erwägung geleitet, daß er anläßlich der Reform unserer ersten Kammer als Vertreter des ungarischen Judentums zu deren Mitglied ernannt wurde. Da er nun aufgehört hat, dieser Religionsgenossenschaft anzugehören, glaubt er es seiner Vergangenheit schuldig zu sein, die Möglichkeit zu schaffen, daß nun ein anderer Repräsentant der Judenschaft im Magnatenhause Platz nehme.

a. **Rom**, 17. Juli. In dem dieser Tage neugebildeten Ministerium hat unser berühmter Glaubensgenosse Luigi Luzzatti wiederum das Portefeuille des Schatzministers erhalten.

Paris, 19. Juli. Das Leichenbegängnis des Marquis Morès fand heute unter großer Teilnahme der Bevölkerung statt. Zahlreiche Kränze waren gespendet worden. Präsident Faure und die Minister Billot und Hanotaux hatten sich bei der Feierlichkeit in der Notre Dame-Kirche vertreten lassen. Beim Begräbnis hielt Eduard Drumont die Grabrede. Er beschuldigte einen Juden Arbib der Ermordung Morès', hierdurch entstand ein Tumult unter den Rufen „Nieder mit den Juden!" — Daß diese Beschuldigung den hinterlassenen Briefen des Erschlagenen entspricht, haben wir bereits in der vor. Nr. mitgeteilt.

p. **Paris**, 14. Juli. Im diesjährigen Salon auf den Champs Elysées findet sich eine ganze Anzahl von Bildern, die jüdische Gegenstände behandeln. Besonderes Aufsehen erregt „ein Ismael in der Wüste" von Mme. Demont-Breton (Christin), der sich besonders durch die vorzügliche Zeichnung der Frauengestalt von Hagar auszeichnet. Als bemerkenswerte Werke mit jüdischem Thema nennen wir „Daniel in der Löwengrube" von Tanner, ferner die „Auffindung Moses" von Lalire, „einen weißbärtigen Rabbiner und einen betenden Juden mit Tallith und Tefillin" von M. Moyse, „Moses auf dem Berge Nebo" von Demont, „Elieser und Rebekka" von Shomne, ein weiterer „Ismael" von Mlle. Shmith, „Elias" von Despagnat und ein Portrait des alten Rabbiners Haguenau von Seeberger. Endlich noch ein sehr interessantes Bild von M. Lix: „Die Juden von Straßburg auf dem Scheiterhaufen

unter der Anklage, durch Brunnenvergiftung die Pest herbeigeführt zu haben".

London, 13. Juli. Eine seit 40 Jahren in Jerusalem wohnende Dame macht in der „Daily Cronicle" folgende Angaben über das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in Jerusalem. Vor 22 Jahren gab es, so schreibt die Dame, dort 15 000 bis 20 000 Juden. Damals gab es auch noch keine Häuser außerhalb der Mauer, deren Thore nachts geschlossen wurden. Seit damals hat sich manches verändert, und die jüdische Bevölkerung beläuft sich infolge des starken Zuzugs von russischen Juden auf 60 000 bis 70 000 Seelen. Ganze Straßen sind neu entstanden außerhalb der Mauer in den alten Vororten, die seit Jahrhunderten verödet waren. Aber die Juden haben sich nicht nur in Jerusalem so stark vermehrt, sondern durch ganz Palästina. Sie kaufen Land und richten sich in den neuen Verhältnissen überraschend schnell ein. In Jerusalem bilden sie gegenwärtig eine größere Gemeinde als die Christen oder Mohammedaner.

Petersburg, 16. Juli. Die Exarchialverwaltung von Ssamara hat, wie hiesige Blätter melden, der Geistlichkeit ihres Bezirkes vorgeschrieben, hinsichtlich der Taufe von Juden, die zur orthodoxen Kirche übertreten wollen, die höchste Vorsicht zu beobachten, da sehr häufig nur der Wunsch und die Hoffnung, auf Grund des eine Ehe zwischen Orthodoxen und Nichtchristen verbietenden Gesetzes bestehende Ehebande zu lösen und neue einzugehen, die Juden veranlasse, durch die Taufe äußerlich der orthodoxen Kirchen beizutreten.

Riga, 7. Juli. Die Petition des hiesigen Rabbiners H. Pucher, welche den obligatorischen jüdischen Religionsunterricht für die jüdischen Schülerinnen im Lomonossowschen Gymnasium und der Stadttöchterschule bezweckte, ist vom Ministerium der Volksaufklärung abgelehnt worden.

St. **New-York**, 1. Juli. Das Repräsentantenhaus hat mit 196 gegen 26 Stimmen eine neue Einwanderungsbill angenommen. Der Glaube, daß die Einwanderung den vereinigten Staaten gefährlich ist und nach Kräften beschränkt werden muß, hat durch die schlagendsten Beweise nicht bekehrt werden können. Die angenommene Bill fordert, daß männliche Personen, im Alter von 16 bis 60 Jahren, welche nicht Englisch oder die Sprachen ihres eigenen Landes lesen und schreiben können, nicht landen dürfen. Diese Bill richtet sich in erster Reihe gegen die russisch-jüdischen Einwanderer, die zum großen Teil ihre Landessprache nicht schreiben und lesen können. — Der republikanische Nationalkonvent (Wahlversammlung zur Besprechung der Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten) in St. Louis wurde auf Ersuchen des Komités durch das Gebet eines Rabbiners eröffnet, und zwar des Dr. Sale von St. Louis. — Gestern war der Beginn der öffentlichen Prüfung der das hiesige jüdisch-theologische Seminar besuchenden Zöglingen, die heute fortgesetzt wird. Der Dekan der Fakultät, Rabbiner Dr. Sabato Morais von Philadelphia, fungierte als Examinator, und auch die Rabbiner Dr. Davidson, Drachmann, Maisner, Wise und andere waren anwesend. Die jungen Leute erwiesen sich als fleißige Studenten. Sie lasen ausgesuchte Stellen des Talmud mit lobenswerter Geläufigkeit und schienen in den Geist tief einzudringen. Auch in der Kenntnis der Bibel und in den jüdischen Kommentaren, sowie in Grammatik wurden sie geprüft und bewiesen, daß sie tüchtige Fortschritte gemacht haben. — Ahlwardt zeigt in hiesigen Blättern an, daß er Ende dieses Monats eine antisemitische Zeitung in englischer Sprache unter dem Titel „The Anti-Jew" herausgegeben werde. — Der „Orden der Söhne Benjamins" (eine ähnliche Institution wie der Orden Bnai Berith) zählt in den Vereinigten Staaten an 18,000 Mitglieder, wovon 12,000 in New-York ansässig sind; er zahlte bereits nahe an 3,000,000 Dollars an Witwen und Waisen.

g. **New York**, 8. Juli. Eine neue Ausgabe des Babylonischen Talmuds mit englischer Uebersetzung, herausgegeben von Michael L. Rodkinson, mit Anmerkungen und Korrekturen von Dr. Isaak M. Wise ist im Erscheinen begriffen. Zunächst ist der Traktat Sabbat erschienen. Das große Werk soll in Lieferungen in die Welt gehen, und dürfte in etwa 3 Jahren vollständig vorliegen. Es wird im Ganzen 10 bis 12 Bände umfassen. Die hiesige Presse rühmt dem Werke nach, daß es in der Uebersetzung korrekt und gut verständlich sei und so auch dem des Talmuds Unkundigen ein volles Verständnis dieses Riesenopus ermöglichen werde. — Rabbi E. K. Fischer zu Kalamazoo leitete jüngst an einem Sonntag Nachmittag ein Meeting des dortigen Vereins christlicher junger Männer. Am vorhergehenden Sabbat hatte derselbe Herr das Examen seiner jüdischen Schüler in der Synagoge vorgenommen. — Hinsichtlich unserer Mitteilung über den famosen Judenbekehrer Hermann Warschawiak fügen wir noch hinzu, daß derselbe zu gleicher Zeit von sieben christlichen Geistlichen wegen seiner Schwindeleien bei Gericht denunziert ist. Die hier erscheinende Zeitung „Sun" schreibt über den vielversprechenden jungen Mann und über Judenbekehrung im allgemeinen: „daß Warschawiak sich vorläufig vom Geschäft zurückgezogen hat, ist gewiß. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bezüglich der Judenbekehruug aller Aufwand an Zeit, Mühe und Geld in unverhältnismäßigem Gegensatze steht zu den erreichten Erfolgen. Man hätte unter den Christen wahrlich alle Veranlassung, solche Opfer lieber für andere Zwecke zu bringen, namentlich die Bekehrung derjenigen Christen, die es nur dem Namen nach sind."

---

* **Aus den Gemeinden.** Der Kastellan der Neuen Synagoge in Berlin, Herr A. Littauer, beging am letzten Freitag das Fest seiner 30jährigen Amtsthätigkeit und seines 80. Geburtstages. Als 1866 die neue Synagoge eingeweiht wurde, trat der Jubilar sein jetziges Amt an, das er noch in voller Rüstigkeit versieht. Der beiden Male, an denen Kaiser Wilhelm I. und Kaiserin Augusta die Synagoge besuchten (am 25. April 1869 und 30. Dezember 1879), gedenkt der Jubilar noch mit allen Einzelheiten, auch hat er eine Liste aller der hohen und bedeutenden Persönlichkeiten angelegt, denen er während seiner Amtsthätigkeit den schönen Bau in der Oranienburger Straße zu zeigen Gelegenheit hatte. — Der Kultusbeamte der Gemeinde Neuteich, Herr Baer, tritt wegen seines hohen Alters (er ist 93 alt) zum 1. Novbr. von seinem Amte zurück. Zu seinem Nachfolger ist Herr Lewin aus Tiegenhof gewählt worden. — Versetzt: Herr J. Weiß-

rock von Staßfurt nach Loetzen. — Ch. Kroll von Flatow nach Dirschau; der Religionsunterricht am dorligen Realgymnasium ist dem Rabb. Dr. Rosenthal in Pr. Stargard übertragen worden. — Salomon von Baja (Ungarn) nach Beuthen O.-S. — Stutinski von Schlochau nach Mehlsack. — Der Senior unter den jüdischen Religionslehrern in Wien, Herr D. L. Stiassny, ist am 9. d. M. im Alter von 74 Jahren verschieden, nachdem er mehr als zwei Dezennien an den städtischen Volksschulen des 10. Bezirkes den jüdischen Schülern den Religionsunterricht erteilt hatte.

— Vakanzen: Ahrweiler. Sem. geb. Rl. K. Fix. 900 Mk. — Bischofstein. Sof. Rl. K. Sch. Fix. 550, Nbk. ca. 300 Mk. Meld. an J. L. Rosenstein. — Flatow (Wstpr.). Sof. od. 15. 8. K. Sch. Kore, Tokea. Fix. 1200, Nbk. (garant.) 600 Mk. (für Mohel erhebl. mehr.) Meld. an R. Elkus.

Aus dem Leserkreise.

* Zur Beantwortung der von Herrn N.-Z. gestellten Fragen möge folgendes dienen:

1. Ob ein Jude, der seinen Austritt aus dem Judentum vor Gericht erklärt, ein מומר sei, soll eigentlich gar keine Frage sein, und müßte man dies, wenn nun einmal diese gestellt ist, entschieden mit „ja" beantworten, wenn der Herr Fragesteller nicht zugleich zugefügt hätte: „und sich der freireligiösen Gemeinde angeschlossen", weswegen die Beantwortung schon viel schwieriger sich gestaltet. Es heißt nämlich im Talmud, Traktat Kidduschin p. 40^{I}, Nedarim p. 25_{I}, Schebuoth p. 29_{I} und Chulin p. 5_{I} wiederholt: „Wer an fremde Götter nicht glaubt, der wird betrachtet, als ob er die ganze Thora anerkennt." Nun ist der Betreffende wohl aus dem Judentum formell ausgetreten, er hat aber keinen anderen Glauben angenommen, sich vielmehr für freireligiös erklärt. Derselbe ist nun thatsächlich ein כופר בע"ז, und da müssen wir ihn nach dem citierten Grundsatz des Talmud, der übrigens auch von Maimonides, ohne von seinem bekannten Widersacher, dem Rabad, durch die stereotypen א"א darin widersprochen worden zu sein, als feste Halacha an zwei Stellen (H. Ackum, Abschn. 2, Abs. 4; H. Sabbat, am Ende) übernommen, noch immer als solchen betrachten, der den Inhalt der Thora anerkennt, jedenfalls für keinen Konvertiten, für keinen מומר לכל התורה כולה. Denn nur ein solcher מומר ist nach dem Remah im Schulchan Aruch Jore Deah § 264 Abs. 1 für die Funktion eines Mohels unzuläßig,

2. mit welcher Hinweisung wir in die Beantwortung der zweiten Frage hineingeraten sind. Unter welchen Umständen man ein מומר לכל התורה כולה wird, siehe Maimonides H. Theschubah, Abschn. 2, Abs. 9, welche Umstände hier nicht eingetreten sind.

Allein wir haben hier vor uns einen weit schlimmeren als einen mitunter harmlosen Konvertiten. Es handelt sich hier um einen derjenigen שפירשו מדרכי ציבור, über die im Talmud, Traktat Rosch Haschanah p. 17^{I} verhandelt wird. Vergl. Raschi ibid. Tr. מדרכי ישראל. שפירשו״ מדרכי ציבור. Wer seinen Austritt aus dem Judentum erklärt, der ist nach Raschi ein מין der ist recht tief gesunken, tiefer als ein mumer lechol hattorah kullah. Wenn also letzterer nach dem erwähnten Remah als Mohel unzuläßig ist, umsomehr ist es einer, der einfach aus dem Judentum ausgetreten ist, parasch middarke hazzibur. Vergl. Maimonides das. Abs. 6, 7, 11.

Und sollte man dagegen etwa einwenden, darauf stützend daß weder der Talmud noch Maimonides oder Karo im Schulchan Aruch die Unzuläßigkeit eines mumer lechol hattorah als Mohel erwähnten, sondern blos der Remah, wogegen eine mir unkontrolierbare Ansicht R. Osers, die Zuläßigkeit eines mumer zur Mohelschaft betreffend, existieren soll, so sei dem gegenüber nur darauf hingewiesen, daß ein מין in jeder Beziehung niedriger steht als ein Götzendiener (Vergl. Chulin p. 5^{I}, 13^{II}). Daß aber letzterer kein Mohel sein darf, ist eine unangefochtene Vorschrift in Maimonides, Tur und Schulchan Aruch das.; umsoweniger nun darf es ein מין ישראל sein. Wer gar keine Religion besitzt, wer an keinen Gott glaubt, verliert eben deshalb die Fähigkeit, irgend einen religiösen Akt zu vollziehen.

Zum Schlusse möge die Erinnerung des Schulchan Aruch daselbst bei der Vornahme dieses wichtigen Aktes beherzigt werden, nämlich sich immer nach dem besten und frömmsten Mohel, היותר טוב וצדיק, umzusehen. Diese Erinnerung rührt vom Or Serua, Rabbenu Jzchak aus Wien (1250) her.

Straßburg (Elf.). Rabb. Dr. Aschkanaze.

* **Ein Zufall.** Die „Allgemeine Zeitung des Judentums", Organ für inkorrekte Mitteilungen des Berliner Gemeindevorstandes, hat der Berliner Gewerbeausstellung einen Artikel gewidmet, der von den Personen, die sich um die Ausstellung verdient gemacht haben, 4, in Buchstaben: vier, namhaft macht. Daß bei so enger Auswahl nur die hervorragendsten Leistungen erwähnt werden können, ist selbstverständlich; daß aber das Mitglied des Arbeitsausschusses Herr Geheimrat Goldberger unter den Auserkorenen der „Allgemeinen Zeitung des Judentums" sich nicht befindet, ist sicher nur ein Zufall — für den Justizrat Morenu Meyer dankbar sein wird.

Brief- und Fragekasten.

Wie vor acht Tagen, so mußten auch heute einige Artikel zurückgestellt werden. — Herrn Dr. B. in Sophia. Sie schreiben, daß der Sekretär des Fürsten von Bulgarien, Herr Fürth, kein Jude mehr, sondern seit Jahren getauft ist. Wir nehmen hiervon Kenntnis. — Herrn Dr. G. in Wien. Vor einigen Jahren schon ließ sich eine sehr gewichtige Stimme über eine rein „arische" Ausbeutung des galizischen Landvolks vernehmen. Es war kein Geringerer als Graf Stanislaw Tarnowski, Herrenhausmitglied, Universitätsprofessor und Präsident der Lemberger Akademie der Wissenschaften, der in einer seinerzeit großes Aufsehen erregenden Broschüre: „Porcya" die galizischen Schlachzizen offen beschuldigte, daß sie durch einen eigenartigen Wucher die armen bäuerlichen Arbeiter rücksichtslos ausbeuten. Der einzige lindernde Umstand, der zu Gunsten dieser Gutsbesitzer sprach, bestand darin, daß sie keine — Juden waren! — Herrn Pr. R. Ruhrort. Es thut uns selbst leid, daß wir seit Wochen die Beilage mit Konferenzberichten füllen müssen, allein das geht vorderhand nicht anders. Im nächsten Jahre gedenken wir einen anderen Modus für die Publizierung der Protokolle zu wählen. Uebrigens bringt die nächste Beilage den letzten Konferenzbericht. — Herrn Vorst. L., Schrimm. Welche Reichsgerichtsentscheidung meinen Sie?

Verantwortlicher Redakteur: A. Levin, Berlin. — Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57. — Druck: Arthur Scholem, Berlin C., Roßstr. 3.